

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf.
Bei Abholung von unsern Kreisabteilungen: bei Bestellung ins Haus durch unsere Ausreiter in der Stadt und auf dem Lande ausserhalb: durch die Post 1,20 Mk. unter 42 Pf. Verlagsort: — Das Blatt erscheint wöchentlich 5 mal am an den Wochentagen nachmittags. — Redaktion unserer Originalmitteilungen ist nur mit bestmöglicher Zweckmäßigkeit gehalten. — Die Redakteure übernehmen keine Verantwortung für die Meinungen der Leser.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
Wöchentlich. Illustrationsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4. seit. landwirtsch. u. handelsbell.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeile oder deren Raum für Merseburg und nächste Umgebung 10 Pf., für die übrigen 20 Pf., am Samstag 40 Pf. Bei langjährigem Gas entfallender Anschlaggebühr für Grubenarbeiten und Überlieferung. Für Nachmittags- und Morgenblätter besondere Berechnung, nach auswärts mit Postzuschlag. Einrückungstermin: 24 Stunden vor dem Druck. Anzeigen für größere Geschäfts-Kategorien nur am Tage vorher, kleinere Anzeigen bis spätestens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vorrücken.

№ 58.

Donnerstag den 10. März 1910.

36. Jahrg.

Die Fortschrittliche Volkspartei.

Von Karl Schraber, M. d. R.

Der erste Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei hat nach kurzen, eindrucksvollen, einmütigen Verhandlungen die Partei mit begeistertem Zuruf begründet. Ihre Organe sind bereits gewählt, sie werden in den nächsten Tagen sich konstituieren und ihre Arbeit beginnen; die deutschen Vereine haben sich zum Teil schon zusammengeschlossen, in wenigen Wochen wird auch das Fehlen noch gegeben sein.

Für die Arbeiten im Reichstag und im Preussischen Abgeordnetenhaus ist die Einheit schon durch die Fraktionsgemeinschaft geschaffen.

Nach vor Dürren wird die Partei in voller Tätigkeit sein. Nicht neue Grundsätze und Ziele hat sich die Partei gesetzt; die früheren bleiben, nur wesentlich zusammengefasst und schärfer betont.

Der Name der Partei ist vielfach bemängelt worden. Vom ästhetischen Standpunkt nicht ganz ohne Grund, aber er trifft richtig den Charakter der zukünftigen Wirksamkeit. Volkspartei ist die allgemeine Bezeichnung, und das heißt, daß für die Partei nur die Interessen des Volkes, also nur die allgemeinen Interessen maßgebend, daß alle Klagengegenstände, alle wirtschaftlichen Sonderbestrebungen, alle Bewegungen von Städten und Völkern ihr nicht nur fern liegen, sondern auch von ihr bekämpft werden. Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichberechtigung sind ihr Hauptmotto.

Und auf diesem Boden soll Politik im Sinne des Fortschrittes getrieben werden. Mit offenen Augen will die Partei das Leben der Nation verfolgen, will die äußeren Umstände, die auf sie bestimmend einwirken, recht verstehen, ihre Entwicklung fördern, damit unter Vaterland nicht, wie es ihm oft genug geschieht, ein lähmendes Stillstande verfallt.

Wenn jemand, der unsere heutigen Verhältnisse nicht kennt, diese Charakterisierung der Parteiziele liest, so könnte er sagen: braucht es dazu eine neue Partei? Das versteht sich ja alles ganz von selbst. Er wird vielleicht hinzufügen, das seien nur „allgemeine Phrasen“. Er hätte Recht, aber der Kundige weiß, daß jedes Wort einen durchaus praktischen Sinn hat.

Worin besteht denn unsere politische Not zum größten Teile? Doch in der Begünstigung von Sonderinteressen. Eine Bevorzugung wird immer nur durch Gesegeltungen, d. h. durch Beförderung anderer Sonderinteressen möglich gemacht. Es sind Handels-geschäfte, durch die unsere Politik betrieben wird. Die reaktionäre Richtung der Regierung ist dadurch ermöglicht, daß dem Zentrum und den Konservativen ihre Wünsche erfüllt werden. Die agrarische Politik war nur durchzuführen durch gleichmäßige Begünstigung der Großindustrie. Und Handwerker, Kaufleute, Beamte, Arbeiter, alle kommen mit ihren besonderen Wünschen und verlangen, daß diesen alle anderen Rücksichten nachgegeben werden. Die Regierung hat die Vertreter der Sonderinteressen zu nötig für ihre eigenen Zwecke und kann deshalb die allgemeinen Interessen nicht in den Vordergrund stellen. Natürlich kommen dabei nur die Stärken zu ihrem Recht, die Schwachen haben die Last zu tragen. An ihren innerlichen Widersprüchen muß solche Politik schließlich zu Grunde gehen, und dieser Prozeß beginnt sich zu vollziehen. Überall Hemmungen und Widerstände! Keine den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands dienliche Handelspolitik ist möglich, weil die agrarischen Interessen gehorcht werden sollen; keine vernünftige Änderung des preussischen Wahlrechtes, weil die privilegierten Klassen nichts von ihren Vorzügen aufgeben, ihre Macht nicht schmälern lassen wollen. Das Volkswohlwollen kann sich nicht frei entwickeln, weil die Kirche ihren Einfluß behaupten will. Und so auf allen Gebieten.

Alle Einmütigen begreifen, daß es so nicht weiter gehen kann. Es ist die dringendste Notwendigkeit, daß eine das Allgemeinwohl allein berücksichtigende fortschrittliche Politik an die Stelle der jetzigen Zustände trete.

Und Zweck der Fortschrittlichen Volkspartei ist es, dem deutschen Volke zum Bewußtsein zu bringen, auf welche Abwege es geführt ist, und eine Partei zu schaffen, die einmütig und mit aller Kraft die entgegen-gesetzte Politik vertritt. Dazu soll ihr die Zusammenfassung der drei linksliberalen Fraktionen die Kraft geben.

Zu den Vorgängen in Berlin

am vergangenen Sonntag gehen uns vom Abg. G o t h e i n folgende Betrachtungen zu: Die Straße für den Verkehr da! Diese Auffassung des Berliner Polizeipräsidenten wird man durchaus billigen können, und es ist erwünscht, daß er ihr bei Aufzügen von Truppen, bei ihrer Räderfuhr vom Tempelhoferfelde, bei Zeichenbegünstigungen von Generaladjutanten und sonstigen bössigen Würdenträgern und ähnlichen mehr oder minder „patriotischen“ Gelegenheiten Rechnung trägt.

Ein städtischer Part ist sicher dazu da, daß sich die in der Steinwüste der Großstadt lebenden Menschen in frischer Luft erholen, und ganz besonders ist er zu dieser seiner Aufgabe am Sonntag berufen, wo die Hunderttausende, die Wochentags Last und Arbeit in Geschäft, Werkstatt oder enger Wohnung zurückhält, einmal an die Luft kommen können. Zu diesen Erholungsbedürfnissen gehören die Anhänger aller Parteien, also auch die Sozialdemokraten, und wenn diese das Bedürfnis haben, in Ausübung der ihnen durch das deutsche Vereinsgesetz zugehenden Rechte an einem Sonntag in einem Park öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel zu veranstalten, so ist das an sich keineswegs zu mißbilligendes Unternehmen. Es mag richtig sein, daß manchen Spaziergängern der Genuß des Parks durch die sich dort ansammelnden Menschenmassen etwas beeinträchtigt wird, aber dann haben eben die Massen, die doch auch sozusagen Menschen sind, den Vorteil vom Park. Und wenn die Sozialdemokratie nach Verbot der Versammlung zu einem Spaziergang im Treptower Park einladet, so kann von einer Störung des Verkehrs in diesem Park füglich auch nicht die Rede sein. Aber der Park wird seiner Aufgabe entzogen, wenn eine kurzfristige und engherzige Polizei ihn dann, um ein solches Vorhaben zu hindern, überhaupt absperret.

Wenn die Sozialdemokraten, über diese kleinlichen Polizeivorgänge entrüstet, nicht ohne Humor dem Polizeipräsidenten ein Schnippchen geschlagen und den Spaziergang nach dem Tiergarten unternommen haben, so wird auch der, der an sich Gegner von Straßendemonstrationen ist und die Straße dem Verkehr offen halten will, für den gelungenen Streich ein Rächeln haben, umso mehr als es eine gerechte Sache ist, für die demonstriert wird, eine Sache, für die das deutsche Völkchen mit der sozialdemokratischen Arbeiterkraft gemeinsam kämpft. Und harmloser kann man eine Demonstration nicht veranstalten, als es am Sonntag die Sozialdemokratie mit dem Tiergarten-spaziergang getan hat. Unerwartend wird be-funden, daß die Teilnehmer an der Demonstration, die sich auf einen Spaziergang im Tiergarten, im Singen von Liedern im Freien und in Hörfüssen auf das Wahlrecht beschränkte, sich durchaus gefestigt und wohl-anständig benommen haben.

Leider kann man das von der Polizei nicht sagen. Ich selbst habe von dem Fenster m e i n e r B o h n u n g in der Hindenburgstraße beobachtet müssen, wie sinnlos das Vorgehen der Schutzleute war. Die aus dem Tiergarten zurückkehrenden Menschenmengen wurden von berittlenen Schutzmannschaften die Straße entlang nach der Spree zu gedrängt dertartig, daß mit den Pferden in die Menschenmenge hineingeritten wurde, daß zwei Pferde nebeneinander auf den schmalen Bürgersteig in die Menschenmenge eindrangen. Was damit bezweckt werden sollte, ist vollständig unerfindlich, denn an sich hätte die Polizei doch froh sein müssen, wenn auch durch so verkehrtsarme Straßen die Leute nach ihren Behausungen zurückkehrten. Wo die Polizei nicht eingriff, vollzog sich alles in größter

Ordnung, und die Störung des Verkehrs beschränkte sich darauf, daß die Automobile und Droschken etwas langsamer fahren mußten, daß ihnen aber auf das Signal überall willig Platz gemacht wurde. Wo eine Störung des Verkehrs eintrat, hat die Polizei je be-wirkt und in einer Weise, die geeignet ist, die Menschen zu erbitern. Man muß schon ein besonders ruhiges Gemüt sein, um sich nicht zu empören, wenn einem bei dem ruhigen Vergehen der Bürgersteige die Pferde-hufe auf die Hacken treten, die Pferdeköpfe den Hut vom Kopfe werfen und man in der Verengung des Weges ohne jeden Grund durch unerwartete Maß-regeln der Polizei genemmt wird. Ich habe sehr ruhige süddeutsche Freunde vorgestern ge-sprochen, die erklärten, wenn die Polizei sich in Süd-deutschland so benehmen würde, so würde jede Stadt-verbordneterversammlung, jeder Gemeinderat sofort die „Abkündigung“ der Polizei beschließen. Ich habe Mecklenburger gesprochen, die erklärten, schließ-lich seien die Zustände in dem verfallungslosen Dootritenland doch weit besser als in dem Verfallungs-staat Preußen, wo die Polizei sich dertartiges erlaubt.

Schug der Freiheit des Verkehrs auf der Straße gegen die Verkehrshemmungen der Polizei, das ist jetzt die dringend notwendige Forde-rung. Die Polizei soll doch schließlich dem Publikum dienen, statt es zu schikanieren. Jedenfalls aber ver-steht sie es meisterhaft, in jedem ruhig Denkenden ein Gefühl der Erbitterung wach zu rufen und damit den Widerstand gegen das preussische Wahlrecht in immer weitere Kreise zu tragen. Für diese unwillkürliche Tätigkeit gebührt ihr der Dank. Ob sie den verdienen wollte, mag freilich zweifelhaft erscheinen.

Gegen die Angliederung der Privatbeamten-versicherung

an die bestehende Alters- und Invaliden-versicherung werden oftmals finanzielle Gründe geltend gemacht und zwar wird darüber ausgeführt: Der Grundbeitrag der Invalidenversicherung belief sich nach den 500 Beiträgen der höchsten Lohnklasse berechnet. Sonach hat es der Versicherte also in der Hand, seine Ansprüche sowohl nach dem Grundbeitrag, als auch nach den Steigerungssätzen dadurch erheblich zu verbessern, daß er bei dem Ein-tritt in höhere, der Invalidität vorausgehende Lebensjahre Beiträge in der höchsten Lohnklasse zahlt. Ein solcher Übergang eines Versicherten in höhere Lohnklassen in vorgerücktem Alter verschlechtert aber natürlich die Finanzlage des Versicherungsträgers. Denn die erhöhten Beiträge werden von dem Ver-sicherten auf diese Weise nur wenige Jahre gezahlt, während für die gesamte übrige Zeit nur die niedrigen Beiträge entrichtet werden. Hierbei findet der Grundbeitrag der Invalidenversicherung nicht mehr seine Deckung durch die 500 höchsten Beiträge. Würde heute von dem freiwilligen Übertritt in höhere Lohn- klassen ein stärkerer Gebrauch gemacht, als es tatsäch-lich geschieht, so würde schon bei der gegenwärtigen Invalidenversicherung ein unangenehmer finanzieller Einfluß sich hierdurch geltend machen. Dieser Einfluß wäre aber naturgemäß noch viel stärker, wenn der Invalidenversicherung neue Lohnklassen angefügt würden, wie es die Angliederung der Privatbeamten- versicherung notwendig machen würde. Es kommt weiter hinzu, daß der Kreis der Personen, der in den neuen Lohnklassen Aufnahme fände, meist mit zu- nehmendem Alter in höhere Lohnbezüge eintritt. Dieser Personenkreis zählt also heute in den untersten Lohnklassen Beiträge und rückt in höheren Lebens- jahren in die höchsten Lohnklassen ein. Hieraus würden sich unübersehbare finanzielle Schwierigkeiten für die Versicherungsträger und auch große Nachteile für die übrigen Versicherten ergeben. Unter diesen Umständen erscheint es also nicht möglich, die Rentenversicherung der Privatangestellten, die in der Jugend meist in den untersten Lohnklassen Bei-träge entrichten und mit steigendem Alter in die höchsten

Dohnklassen einzurufen, im Zusammenhang mit der In-
volkversicherungsfrage zu regeln.
Über die Frage, ob Angleiterung an die bestehende
Versicherung oder ob besondere Kasse, sind unter den
Beiratungsstellen selbst, wie auch unter den Parteien
die Ansichten geteilt. Der Staatssekretär des Innern
hat ja mitgeteilt, daß er jetzt einen Gesetzentwurf über
diese Materie ausarbeiten läßt. Selbst, wenn für die
Versicherung der Privatbeamten eine besondere Organisa-
tion eingerichtet werden sollte, so steht doch nichts
im Wege, daß dieser Gesetzentwurf bereits in nächster
Zeit eingebracht wird, um neben der Reichs-
versicherungsforderung oder gleich hinterher beraten zu
werden. Hoffentlich erblickt die Vorlage noch in der
laufenden Reichstagsession das Licht der Welt.

In dem Jahresbericht der Handelskammer zu Elberfeld

wird zwar ausgeführt, die Aussichten für das Jahr
1910 würden in den weitaus meisten Geschäftszweigen
günstig beurteilt, und man dürfe erwarten, daß die
begonnene Belebung des Geschäftsganges im Jahre
1910 weitere Fortschritte machen würde. Aber dann
wird fortgesetzt:

„Nicht ganz erfreulich sind allerdings die Aus-
sichten des Exports angesehen, da noch immer
wachsen die Bestrebungen des Auslandes zur Erhöhung
der Zollschranken und der fortschreitenden Be-
nützung und Belastung im Inlande. Es scheint,
als ob wir noch eine längere Periode der zunehmenden
Absperrung der einzelnen Länder gegeneinander
durch immer höhere Schutzpollen durchzumachen
haben werden und daß uns erst die
Aberspannung des Schutzpollenbegriffes den not-
wendigen Rückschlag zu gemäßigten Zöllen be-
scheren kann.“

Die Zollpläne der einzelnen Länder werden dann
aufgeführt, worauf es weiter heißt:
„Zur Bezahlung der aus dem Auslande notwendig
einzuführenden Nahrungsmittel und Rohstoffe wie
zur Beschäftigung seiner rasch wachsenden Bevölkerung
kann das Deutsche Reich eine blühende Ausfuhr-
industrie gar nicht entbehren, so hoch man
nur immer die Bedeutung des inneren Marktes an-
schlagen mag.“

Das sind völlig zutreffende Worte. Aber nicht, wie
die Kammer weiter meint, die Sozialpolitik, sondern
unser verkehrte Wirtschaftspolitik sind Hauptgrund
an der Verdröpfung der deutschen Exportindustrie.

Zur Wahlrechtsbewegung.

Eine vom liberalen Verein zu Nordsee einberufene
Volkerversammlung in der Pastor Dr. Pannfische aus
Wabersdorf sprach, erklärte in einer Resolution die
Wahlrechtsvorlage für eine Verschlechterung des
bestehenden Wahlrechts und nicht als die Erfüllung
des Versprechens der Thronrede vom 20. Oktober 1908.
Die Versammlung erklärte es für Staatsbürgerpflicht,
nicht eher zu rufen und zu rufen, bis die Gleichheit
aller preussischen Staatsbürger auch vor dem Wahl-
gesetz erreicht sei.

Gegen den Demokraten v. Gerlach hat die
Staatsanwaltschaft ein Verfahren eingeleitet, weil er
zum Widerstand gegen die Staatsgewalt
und zum Ungehorsam gegen die Gesetze aufgefordert
haben sollte. Er habe geschrieben, das Volk müsse den
festen Entschluß haben, sich keine Gewalttätigkeit ge-
fallen zu lassen. Und ferner: Wir kämpfen für das
Höchste, für Freiheit und Gerechtigkeit. Man gibt sie
uns nicht. So nehmen wir sie uns!

Das Wahlrechtskompromiß, das in der
Kommission angenommen worden ist, wollen nach der
„Frankf. Zig.“ angeblich die Konservativen fallen
lassen und die ganze Reform zum Scheitern bringen,
wenn es nicht gelingt, mit den Freikonserverativen und
Nationalliberalen eine Verständigung zu erzielen.

Ein konservatives Urteil über die in-
direkte Wahl. In dem Wahlbüchlein der
badischen konservativen Partei, das vor den
Landtagswahlen von 1905 erschien, ist über das in-
direkte Wahlverfahren und den Kampf in Baden um
dessen Verfestigung zu lesen: „An sich ist dieser Kampf
vollständig zu verstehen. Das indirekte Wahl-
recht, rein für sich betrachtet, paßt in die geschlossene
beengte Zeit zu Anfang des Jahresbündels,
wo die Masse des Volkes kaum mit einem Landtags-
kandidaten selbst Fühlung nehmen konnte, wo die Be-
sonnenheit des kleinen Mannes aus dem Volke nicht
über den Vorkreis der eigenen und höchstens noch der
Nachbargemeinde hinausreichte. Hier war an direkte
Wahl des zum Landtag zu entsendenden Abgeordneten
nicht zu denken. Das ist heute im Zeitalter des
Verkehrs und der bis in die kleinsten Dörfer hinein-
dringenden Presse anders geworden. Die allge-
meine Schulpflicht und die allgemeine Wehrpflicht

haben unser Volk tatsächlich in gutem Sinne
demokratisiert und auch — obwohl man oft
daran zweifeln konnte — politisch reifer gemacht.
Die Zeit, wo tatsächlich vor den Wahlmännern
noch von keinem Kandidaten die Rede war, wo tatsäch-
lich der Kandidat erst nach vollzogenen Wahlmänner-
wahlen von den Wahlmännern erkürt wurde, ist vorbei.
In den letzten Jahren stets war der Kandidat schon
längst vor den Wahlmännern nicht bloß auf-
gestellt, sondern persönlich in allen Orten des Wahl-
kreises zugegen gewesen. Die Wahlmännerkandidaten
wurden bereits auf ihn eingehend und auf seinen
Namen gewählt. Die Wähler hätten tatsächlich leichter
und lieber direkt gewählt, als indirekt einen Wahlmann,
von dem sie ja manchmal gar nicht sicher wußten, ob
er auch seinem Versprechen fest bleiben, ob er nicht un-
fallend würde. Die indirekte Wahl — rein an
sich betrachtet, ohne Rücksicht auf die Folgen der an
ihre Stelle tretenden direkten — hat sich tatsäch-
lich aberlebt. Doch nach Bewilligung des weit-
gehenden direkten Reichstagswahlrechts der Kampf
gegen dasselbe auf der ganzen Linie der Einzelstaaten
entbrannte, darf niemand wundern.“ — In Preußen
aber stellen sich Angehörige derselben Partei hin und
tun so, als wenn die Einführung der direkten Wahl
eine Verleugung konservativer Grundzüge wäre.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Ein österreichischer
Kriegspolymath bildet den bitteren Nachgeschmack nach
der Wonne der Angleiterung Bosniens und der Herzego-
wina. Wie das „Fremdenblatt“ erzählt, hat der Finanz-
minister am Montag dem Abgeordnetenhaus eine Vorlage
unterbreitet, durch die er zur Veranschaulichung eines Kapitals
von 181.740.000 Kronen im Reich der Schatzkammer er-
mächtigt wird. Das Kapital ist hauptsächlich dazu bestimmt,
den stark geschwächten Kassenbeständen die Beträge wieder
zuzuführen, die aus Anlaß der mit der Annexions-Bosniens
zusammenhängenden militärischen Vorbereitungen vor-
schüssigweise gezahlt wurden.

Frankreich. Die Unbedenkung von Petrusgeräten
eines holländischen Geschäftsmannes in der Schweiz
wird für die Neutralen neuen Stoff zu Angriffen gegen die
Republik liefern. Der mit der Liquidation mehrerer
großer Kongregationen beauftragte gerichtliche Liquidator
Duez ist verhaftet worden. Er ist verdächtig, große Unter-
schleusen begangen zu haben.

Rußland. In den Aufregungen der ausländischen
Presse über den Besuch des Königs der Bulgaren
in Petersburg und den erwarteten Besuch des
Königs von Serbien schreibt die offizielle „Russische“:
Für jeden unparteiischen Beobachter müsse es klar sein, wie
grundlos der Verdacht der ausländischen Presse sei, die
russische Politik verfolge andere Ziele als die Erhaltung
des Status quo auf dem Balkan, die mit den guten Be-
ziehungen zu der Türkei und zu Österreich-Ungarn unzer-
störbar seien. Man beachte nur die Toaste der An-
wesenheit des Königs der Bulgaren in Jarskoje Selo auf-
merksam zu lesen, um sich zu überzeugen, wie grundlos
Rusland und Bulgarien Geheimpläne zugeschrieben
würden. Diese Toaste seien von Friedensliebenden durch-
gedrungen, und derselbe Gedanke liege dem am Tage der
Abreise des Königs in Petersburg veröffentlichten Kommuniqué
zu Grunde. Der Besuch der genannten Balkanherzöge
dürfe daher keinerlei Befürchtungen hervorgerufen. Welche
Besuche trügen ganz offiziellen Charakter, und es könne
nicht verwundern, daß der König der Bulgaren wie der
König von Serbien den russischen Hof zuerst besuchten.
Die traditionellen Beziehungen Russlands zu den lausenden
Ländern begründeten dies vollständig. Dieser Umstand
dürfe nicht den geringsten Anlaß geben, die russische Ri-
gierung irgendwelcher Absichten gegen die Türkei oder
Österreich-Ungarn zu verdächtigen. Was insbesondere
Österreich-Ungarn betreffe, so seien alle Verbindungen, wie
sie in den Blättern zum Ausdruck finden, schon wegen der
von Russland in der Frage der Herstellung normaler
diplomatischer Beziehungen zur Nachbarmacht ein-
genommenen Verpflichtungen nicht anzuschließen. Die
engen Beziehungen der leitenden russischen Kreise mit den
bürgerlichen und serbischen werde das beste Unterpfand zur
Wahrung des Friedens und der Ordnung auf dem Balkan
sein, worauf die vollkommen aufsichtigen Bemühungen
der russischen Regierung gerichtet seien. — Die Duma
hat am Montag den Etat des Ministeriums des Innern
angenommen. Darunter Sozialdemokraten, Arbeiter-
gruppe und Welskauer ein stimmig gegen die Annahme.

England. König Edward hat am Dienstag vor-
mittag in Paris dem Präsidenten Fallières einen halb-
ständigen Besuch abgestattet. — Bei der Nachwahl für
das englische Unterhaus in Ilkston wurde der
Unterstaatssekretär im Kolonialamt Seely, der bei den
Hauptwahlen seinen Sitz errang, mit 1024 Stimmen
gewählt. Der unmittelbare Gegenkandidat erhielt 6871
Stimmen. — Im Unterhaus erklärte am Dienstag der
Schatzkanzler Lloyd George auf eine Anfrage, die Ein-
buße der Staatseinnahmen im laufenden Finanzjahr
infolge der Ablehnung des Budgets werde annähernd auf
28.600.000 Pfund geschätzt. Man könne zurzeit nicht
sagen, inwieweit von diesem Verluste tatsächlich wieder ein-
zulegen sei.

Schweden. Der König hat nach einer Meldung aus
Stockholm am Dienstag seine Reise nach dem Süden an-
getreten. Das Ziel der Reise ist Kap Martin, doch wird
sie in Schweden bis 15. März und dann in Karlskrona unter-
brochen, wo gegenwärtig die Königin wohnt. Eine große
Wochenmesse brachte am Zentralbahnhof dem König, der
zum ersten Male nach seiner Krönung in der Wüste seines
Vaterlandes erschien, höchste Ehrerbewehrungen. Der König
reist im Ausland infognito und wird nur von dem ersten
Hofmarschall, dem Leibgar, einem Adjutanten und seinem
Privatsekretär begleitet.

Spanien. Der Abschluß des spanischen
Budgets von 1909 ergibt einen Fehlbetrag von
20 Millionen.

Italien. Zu Ehren Enners Reis, der eine Sprit-
fabrik nach London unternehmen hat, gab am Montag das
englische Parlament eine Frühstück, bei dem General-
postmeister Samuel einen Trinkspruch auf die

königliche Konstitution ausbrachte. Die Reform-
bewegung in der Türkei, so sagte er, habe die ungeteilte
Sympathie und das Interesse des englischen Volkes, dessen
Kampf nur dem alten Regime gegolten habe. Enner sei
der Vorbild der Türkei, und die Selbsthuld der Jung-
türken sei demnach würdig. Enner sei sprach seiner
Erinnerung England seinen Dank für die
moralische Unterstützung der Türkei aus, die,
wie er hoffe, seinem Vaterlande erhalten bleiben werde.
Das neue Regime wolle alles tun, um den Fortschritt in
der Türkei zu fördern aber Gebuld sei nötig bei diesem
Werke. Der türkische Geschäftsträger Grulich
bot im Anschluß an die Rede an, Enner sei die Türkei
in der Sache der türkischen Regierung und das
türkische Volk eine Förderung der Sache des Friedens
bedürften. — Nach einer Meldung aus Chimara, an der
griechischen Grenze, erklärt die dortige Bevölkerung, sie
wolle die ihr unter dem alten Regime bewilligten Ver-
gütigungen beibehalten und verweigere die Einrückung
von Steuern. Sie will sich mit Waffengewalt der Aus-
lieferung von Steuern widersetzen. Ein Bataillon ist
nach Chimara entsandt worden.

Griechenland. Das Ministerium des Innern
hat Maoromatis übernommen. — In der Deputierten-
kammer hat der Finanzminister eine Vorlage einge-
bracht zur Aufnahme einer vierprozentigen Anleihe im
Betrag von 150 Millionen Drachmen. Die Anleihe ist für
Bestattungen, Elfenbein und für die Zurückführung der
griechischen Silbermünzen, die im Jahre 1909 be-
stimmt. Für den Dienst dieser Anleihe sind dieselben Ein-
nahmen bestimmt, die die letzte Regierung bereits vorge-
schlagen hatte. Das durch die Anleihe aufzunehmende
Kapital darf auf 20 Millionen erhöht werden unter der
Bedingung, daß der Fehlbetrag verwandt werden soll für
den Bau von Eisenbahnen und für die Zurückführung der
griechischen Silbermünzen, die in den Händen der
katholischen Missionen im Umlauf sind.

Perth. Ein aus Teheran eingegangener Befehl zur
Aufnahme einer inneren Zwangsanleihe im
Betrage von einer Million Tomans hat unter den Kauf-
leuten und besessenen Klassen eine Panik hervorgerufen.
Der Markt in Perth ist über die Verlängerung der
Eisenbahn zur Regelung der Frage der Rückgabe des während
der Unruhen in Teheran und Arabien geraubten Gutes an
die rechtmäßigen Eigentümer.

Afganistan. Gerüchte über den Anschlag auf
den Emir von Afghanistan gehen auf eine Meldung
indischer Woodhulstons zurück. Dieser Meldung zufolge
hat ein Emir in der Nähe von Kabul eine Anleihe
geschlossen, ohne ihn zu treffen. Da ein amtlicher Befehl
aus Indien nicht eingetroffen ist, so muß die Meldung mit
Vorbehalt aufgenommen werden.

Ägypten. Gegen die Verlängerung der
Suezkanal-Konzeption macht sich in Ägypten leb-
hafter Widerstand geltend. Die Kommission der National-
versammlung hat ihren Bericht über die Verlängerung der
Suezkanal-Konzeption fertiggestellt und sich gegen die Ver-
längerung ausgesprochen. Der Bericht muß aber noch
der Nationalversammlung beraten werden, und die Regie-
rung ist nicht an deren Wort gebunden.

Brasilien. Bei der Präsidentschaftswahl in
Brasilien sind für Hermes da Fonseca im ganzen
869.918, für Barbosa 174.900 Stimmen abgegeben worden.

Deutschland.

Berlin, 9. März. Der Kaiser beschäftigt gestern
nachmittag in Wilhelmshaven die ständigen Hof-
erweiterungen, fuhr dann an Bord zurück und begab
sich abends um 8 Uhr mit dem Großherzog von Diden-
burg und dem Prinzen Heinrich ins Kasino zum Herren-
abend, an dem mehrere hundert Personen teilnahmen.
— Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich
von Preußen werden ihre Reise nach Jerusalem
mit dem heute, Mittwoch, abend 10 Uhr 25 Minuten
vom Anhalter Bahnhof abgehenden Ägypten-Express
antreten. Im Geolge befinden sich Hofdamen Fräulein
von Welsch, Adjutant Major Graf von Blumenthal
und Korvettenkapitän Kapf. Die Kaiserliche
Prinzipalpaare nach Berlin erfolgt mit dem Napel-
Berlin-Express am 28. April. — Zu dem am 20.
d. M. festgesetzten Einzug des Großherzogs von
Sachsen-Weimar in Eisenach wird sich der Kaiser,
die Kaiserin sowie die Prinzessin Viktoria
Luise einstellen. Die Herrschaften werden voraus-
sichtlich auf der Wartburg Wohnung nehmen.

— Der Bundesrat hat in seiner Plenarsitzung
am Montag außer der Reichsverfassungsreform
auch noch den Entwurf eines Gesetzes für Ein-
bürgern, betr. Änderungen des Biersteuergesetzes,
und den Entwurf eines Nachtrags zum Wohnungs-
und Personengesetz der Reichsfinanzbeamten für das Jahr
1909 angenommen.

— (Das preussische Staatsministerium)
hielt am Dienstag eine Sitzung ab.

— (Die Abergernung des bisherigen
deutschen Gesandten in Brüssel Grafen
v. Wallburg von diesem Posten wird jetzt amtlich
bekannt gegeben. Graf Wallburg ist unter Verleihung
des Roten Adlerordens erster Klasse mit Ehrenlaub
in den Ruhestand versetzt worden.

— (Dem Admiral Grafen v. Baußin) hat
der Kaiser das Großkreuz des Schwarzen Adlerordens
mit Ehrenlaub verliehen.

— (Dem Admiral a. D. v. Anorr) hat der
Kaiser amtlich seines 70. Geburtstages folgendes
Telegramm geschickt: „In dankbarer Erinnerung an
Ihre hohen Verdienste um meine Marine sende ich
Ihnen zum heutigen Tage, an dem Sie Ihre reichs-
lebensjahre vollenden, meine herzlichsten Glückwünsche.
Wilhelm I. R.“ Admiral v. Anorr, der als Sobin
eines Obersten in Saarlouis geboren wurde, trat 1854
als Kadett in die preussische Marine ein, zeichnete sich
als Unterleutnant auf der Korvette „Danzig“ in dem

Gefecht mit den Kaffiraten in Marokko aus und konnte 1870 als Kommandant des kleinen Kanonenbootes "Meteor" im Kampfe gegen den größten französischen Aviso "Bouvet" vor Savanna Vorbeeren ernten. Für seine damals bewiesene Umsicht und Kaltblütigkeit erhielt er Kapitänleutnant Knorr und sein Unteleutnant Benemann, der spätere Admiral, das eiserne Kreuz. Im Juni 1871 lebte "Meteor", ehrenvoll empfangen, in die Heimat zurück. Als Ober- und Vizeleutnant in Wilhelmshaven von 1878—1881 hatte Knorr Gelegenheit, sich in den wichtigen Verwaltungsfällen der Marine hervorzuheben. Im Sommer 1884 befehligte er als Kommandant unser westafrikanisches Geschwader und leitete die Angriffe auf die Dualla in Kamerun. In allen weiteren Stellungen: als Inspekteur der 1. Marineinspektion in Kiel, als Chef der Marinestation der Ostsee, und als Kommandierender Admiral zeigte der Jubilar weitestgehende Initiative und großes Organisations Talent. 1896 verlieh ihm der Kaiser den Adel, 1898 erhielt Knorr den Schwarzen Adlerorden, 1899 nahm der bewährte Admiral seinen Abschied.

— (Weiber Landtagswahl in Halle-Perford) ist am Dienstag der bündelischen national liberalen Kandidat Meyer zu Jerendorf mit 526 Stimmen gewählt worden. Der freisinnige Kandidat Kiel erhielt 417, der christlichsozialer Kandidat Binemann 86 Stimmen. Bei den allgemeinen Wahlen war der Kandidat der Freisinnigen Volkspartei Borenz mit 597 gegen 447 konservativ-christlichsozialen Stimmen gewählt worden, die auf den Hc. Mümm fallen. Damals hatten die Sozialdemokraten, um die Kandidatur Mümm zu Falle zu bringen, sofort mit der National liberalen und Freisinnigen für Borenz gestimmt. Diesmal stellten die National liberalen ihrerseits einen Kandidaten, den Wähler Meyer zu Jerendorf, auf, für den zu stimmen auch die Konservativen beschloßen. Das Verhalten der National liberalen in Halle-Perford hat weit über den Wahlkreis hinaus und nicht nur bei den Freisinnigen das peinlichste Aufsehen erregt.

— (Für Flensburg-Apparate) ist von den Vertrauensmännern des Bundes der Landwirte Graf Ernst Reventlow, Redakteur der "Dtsch. Tageszeitung", als Reichstagskandidat aufgestellt worden.

— (Eine Denkschrift der Gebrüder Mannesmann) ist als Gegenpart gegen das amtliche deutsche Reichsbuch in diesen Tagen herausgegeben worden. Die Widerlegung der Behauptungen des Reichsbuchs fällt den Mannesmanns nicht schwer, da sie sich für ihr gutes Recht auf zahlreiche Gutachten namhafter Staatsrechtslehrer stützen können. Von einer Einigung mit der "Union des mines marocaines" ist jetzt weniger als je die Rede, die offiziöse oder halboffiziöse Notiz der "Münch. Post" war treführend. Besondere Erwähnung verdient die Tatsache, daß die Union an das deutsche Schlichtamt wiederholt mit Vorschlägen und Angeboten herantreten ist. So ging ein Gebot der Union dahin, daß die Gebrüder Mannesmann ihre gesamten Konzessionen an die Union abtreten sollten. Diese wollte hierfür der Gebrüder Mannesmann ihre Unkosten nebst Zinsen rückwärts und eine Beteiligung an

dem Unternehmen geben; sie verlangte jedoch, daß Majorität und Führung des Unternehmens in französischen Händen läge. Bei diesem Gebot hätten die Privatinteressen Mannesmanns befriedigt werden können, nicht aber, wie in der Denkschrift hervorgehoben wird, "diejenigen der deutschen Industrie, denn es wäre die Möglichkeit verloren gegangen, die Maschinenfabriken unserer Industrie zu sichern und den Export durch deutsche Maschinen dem deutschen Markt zuzuführen".

— (Das für die nächste Session des sächsischen Landtages in Aussicht stehende Volkschulgesetz) wirft bereits seine Schatten voraus. Die Geister werden schon aufeinanderprallen. Die Konservativen werden jedenfalls versuchen, bei dieser Gelegenheit einen Haupttrumpf auszuspielen, um die ihnen entzogene Herrschaft wieder an sich zu reißen. Sie werden jedenfalls die Parole ausgeben: "Die religiöse Erziehung unserer Jugend ist in Gefahr! Die Liberalen und die Volksschullehrer denken aber gar nicht daran, den Religionsunterricht ganz aus der Volksschule zu verbannen; es handelt sich für sie lediglich um eine Reform, wobei namentlich der religiöse Memoriestoff beschränkt werden soll. Das verlangen alle Liberalen in Sachsen, und zwar mit Recht. Denn in keiner deutschen Volksschule sind die Kinder wohl so mit dem Auswendiglernen von Gebirgsbüchern und Bibelstellen überlastet wie in Sachsen. Aber die Konservativen rechnen mit den vielen Anhängern von religiösen Seiten im Erzgebirge und glauben, wenn es um das Volksschulgesetz zu einer Aufhebung des Landtages kommen sollte, ein gutes Gezeißen zu machen. Deshalb müssen sich die Liberalen beiseite räumen und die entsprechenden Gegenmaßnahmen ergreifen. Es ist aber doch zu hoffen, daß das sächsische Volk seine Sehnsucht haben wird, sich wieder unter das konservative Joch zu beugen.

— (Aus den Kolonien.) Der Bau der südwestafrikanischen Nord-Südbahn Windhoek—Keetmanshoop hat, nach einer telegraphischen Meldung des stellvertretenden Gouverneurs, soeben von Keetmanshoop aus begonnen.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 8. März.) Der Reichstag setzte am Dienstag die zweite Lesung des Marineetats fort und erörterte eine Reihe von Spezialfragen. Der vorkonservativliche Abg. Hornmann brachte die Bemerkung der ausländischen Zigarettenfabriken, die nach dem Reichsbuch für den Export gefertigt werden, vor der deutschen Fabrikation zur Sprache und verlangte unter Hinweis auf die Not der Zigarettenarbeiter und die vielen Arbeiterentlassungen, eine Unterstützung der deutschen Produktion, die Zigarettenfabrik Capelle nur bedingt zulagte. Er betonte, daß man auf die Rantinen, die an Bord der Handel in Händen haben, nicht direkt einwirken könne. Der Reichstag verlangte demgegenüber ein direktes Verbot für die Rantinen, ausländischen Zigaretten zu verkaufen. Auch der Abg. Hornmann verlangte nochmals eine klare Erklärung vom Bundesrat, die er aber nicht erhielt. Die Resolution der Budgetkommission auf Regelung des Zulagewesens und Vorlegung der Denkschrift über die Tafel, und die Beschlüsse über die Angelegenheiten. Eine längere Debatte knüpfte sich an das Kapitel über die Instandhaltung der Flotte und der Werften. Hierzu lag eine sozialdemokratische Resolution vor auf Einsetzung einer

parlamentarischen Kommission, die die Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung der Reichswerften untersuchen soll. Sie wurde vom Abg. Severing in einer mehr als zweistündigen Rede begründet, in der er zahllose Einzelheiten vorbrachte, und auch ausführlich die bekannte Danziger Wasserlochkaffäre erörterte. Geheimrat Harms ging auf alle vorgebrachten Einzelheiten ein und nahm auch die nötige Unterstützung in Anspruch. Die Verwendung eines Zauders wäre in diesem Fall nicht möglich gewesen. Abg. Mommson von der Fortschrittlichen Volkspartei lenkte die Debatte wieder auf das allgemeine Gebiet zurück und trat für die Verwaltung der Reichswerften nach kaufmännischen Grundzügen ein.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 8. März.) Im Abgeordnetenhaus entwickelte sich am Dienstag eine heisse aber heilige Debatte vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung. Der Zentrumsabg. Graf Balthasar schüttelte die "Donaumacht" ab, die von den national liberalen Abgeordneten Dr. Lohmann zum Beweise des Zones, der in Zentrumsblättern gegen die Liberalen angeklagt wird, als Zentrumsblatt angegriffen. Er wollte die "Donaumacht" vielmehr der Sozialdemokratie in die Schuhe schieben. Das ist bei dem sozialdemokratischen Abg. Borgmann umständlich hervor, der behauptete, daß eine sozialdemokratische "Donaumacht" nicht existiert. Der Zentrumsabgeordnete Gronowski nahm bei dieser Gelegenheit den Vorschlag der Verleumdung gegen den Abg. Lohmann zurück, und der national liberale Führer Dr. Friedberg kündigte an, daß Herr Lohmann über die Sache zurückkommen werde. Die Vorlage über die Erleichterung des Staatsbankrotts wurde in zweiter Lesung angenommen, ebenso die Eingemeindungsunterlagen für Frankfurt a. M., Gießen und Oberhausen. Bei der Fortsetzung der allgemeinen Bepflanzung über den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung nahm sich der freisinnige Abg. Rosenow geistreich Handwerkerinteressen an, nannte jedoch einen zu weitgehenden Schritt. Der Zentrumsabgeordnete Borchers forderte das Handwerk auf, aus sich heraus selbst Schutz zu finden. Der sozialdemokratische Abgeordnete Reinert verlangte vom Minister, daß er sich vor allen Dingen der Arbeiterinteressen annehmen möge. Der konservativliche Abg. Hammer wies darauf hin, daß in letzter Zeit die Bezeugung von Staatsaufgaben an Handwerker bereits Fortschritte gemacht hat. In einigen Fragen konnte Herr Hammer nicht umhin, den Vorkämpfer und Anreger Herrn Rosenows anzukommen. Der Handelsminister Spohr wollte die Angriffe des Abg. Reinert nicht widersprechen ins Land gehen lassen, er erklärte, daß er stets ein Minister für Sozialpolitik sein werde in dem Sinne, daß er auch die Arbeitgeber gerade im Interesse der Arbeiter berücksichtigen müsse, aber im Sinne des Herrn Reinert ein Minister für Sozialpolitik zu sein, dafür bedanke er sich. Der national liberale Abg. Hirsch-Essen brachte dann noch einige Bedenken gegen die vorgeschlagenen sogenannten Kleinhandelsauschüsse bei Handelskammern vor, während der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell der Meinung war, daß diese sehr wohl eine erprobte Tätigkeit ausüben könnten. Der allgemeinen Besprechung zu diesem Etat wurde endlich durch einen Schlüsselvertrag ein Ende bereitet. Für die Einsetzung des Handelsrats wurde dann eine Überlegung anberaumt.

— Der geschäftsführende Ausschuss der fortschrittlichen Volkspartei trat schon am Dienstag, 8. März, zu seiner ersten Sitzung zusammen. Es wurden mehrere Ausschüsse zur Vorbereitung der Agitationen und Organisationsfragen ernannt. Auch in dieser Woche findet eine weitere Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses statt.

Vermischtes.

* (Feuer auf einem Dampfschiff) Zu den Meldungen einiger Blätter von einem Brande auf dem neuerbauten Dampfschiff "Pfeil" wird aufzuklärende Seite mitgeteilt, daß der durch das Feuer angerichtete Schaden ganz bedeutungslos ist; es waren lediglich einige Kleidungsstücke und Holzgegenstände angebrannt.



Drei Vorzüge

(Mehr als 30 Sorten.)

VON
MAGGI'S
mit dem Kreuzstern

1. Grosse Ausgiebigkeit und Billigkeit.
2. Kurze Kochzeit und bequemste Zubereitung.
3. Jede Sorte hat den ihr eignen, natürlichen Wohlgeschmack.

Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S** Suppen.

„MAGGI's gute, sparsame Küche“.

Anzeigen.

Für diesen Zell übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Familiennachrichten.

Allen Freunden und Bekannten sagen wir für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme sowohl während der Krankheit als auch beim Heimgange unserer guten Mutter

Frau Therese Grosser
geb. Sagan

Hiermit herzlichsten Dank. Ganz besonders danken wir für die zahlreichen Blumen spenden und die trostreichen Worte des Herrn Pastors Rüchenshoff am Grabe.

Crespau, den 7. März 1910.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Junge Leute suchen 1. April Et., K. M. mit Zubehör im Preise bis 50 Ztr. Angebots unter **RS** an die Exped. d. Bl. es

Freundliche Schlafstelle
offen
Burgstraße 17.

Schüler finden gute Pension
in der Nähe des Seminars. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Annähdiges Mädchen, 16 Jahre alt, groß u. kräftig, kinderlieb, musikalisch, sucht bessere Stelle auf einem Gut zum 15. März oder 1. April. Emma Walther, Stellenermittlerin in, Göttingen, Holtenauerstr. 9.

Eine schwarze Schürze gefunden.
Breite Straße 22.

Gebr. Scheibe, Schmalle Str. 25,

Bau- und Möbelfischerei mit elektr. Betrieb,
bringen ihr grosses Lager fertiger Möbel in empfehlende Erinnerung.

Anfertigung ganzer Ausstattungen und einzelner Möbel nach Zeichnung.

Polstermöbel, in eigener Werkstoff gefertigt.

Großes Sarglager in allen Preislagen.



Ein großer Transport
junger schwerer hochtragender Färsen und Kühe, neumilchender Kühe mit den Kälbern, sowie prima bayrischer Zugochsen
ist bei mir eingetroffen.

L. Nürnberger

Telefon 25.

Staat genehmigte
Höhere Privatkabenschule
zu Halle, Friedrichstraße 24.

Klassen von geringer Schülerzahl. Fortschritt. Gymnasium, Realgymnasium und Realabteilungen bis Untersekunda inklusive. Besondere Abteilung für das **Stift-Real-Gymnasium**. Bester Übergang von einem Gymnasium oder Mittelschule zur Realschule und Realgymnasium. — Pension. — Prospekt. — Beginn des neuen Semesters am 7. April.
Fr. Härtel, Direktor.

Emser
Pastillen
aus den Königl. Fabriken zu Ems.
Limon, mildsüß, vorzuehend, ohne Nigard.
85 Pf.

Sofas u. Matratzen
werden gut und billig aufgepolstert.
H. Hempel, Vorwerk 24, 1 Tr.
Eine Bettstelle mit Matratze billig zu verkaufen. D. D.

Gratis-Zugabe.
Bei Einkauf von:
1 Pfd. f. Melange-Kaffee a Mark 1,68 oder 1 Pfd. f. entkoff. Kaffee a Mark 2,40 verordne, so lange Vorrat reicht, je ein Gegenstand v. folg. Artikeln:
1 f. Teedose oder Zuderdose,
1 eleg. Wandspiegel od. f. Zettelt,
1 Schmuckgegenst. o. Wanduhr,
1 Feinfrüchtl. od. Zerkleinerer,
1 größere Tafel-Courant-Schokolade,
1 Kaffee- oder 1 Zigaretten-Box.
Bei 8 Pfund obiger Ware:
ein praktisches Kochbuch
elegant gebunden mit Goldprägung, 576 Seiten hart. Die Ware kann auch 1/4 und 1/2 Pfundweise abgenommen werden.
Richard Selbmann,
Schokoladen-Fabrik-Niederlage,
Gottschalkstraße 23.

Bürger-Verein für städtische Interessen.
General-Versammlung
Freitag den 11. März
abends 8 1/2 Uhr
im „Zivoli“.
Tagesordnung:
1. Vereinfachung des letzten Protokolls.
2. Rechnungslegung und Entlastung des Hells. Kassierers.
3. Festsetzung des Jahresbeitrags.
4. Vorstandswohl.
5. Statutenrevidentenwahl.
6. Bericht über den Jahresverlauf.
Güte haben Zutritt.
Zöglichen Besuch steht entgegen.
Der Vorstand

Männer-Turn-Verein.
Männer-Ring.
Heute Abend Versammlung.
Freiwillige Feuerwehr.
II. (Rönner-) Komp.
Montag den 14. d. M.,
abends 8 1/2 Uhr.
Appell
in der städt. Turnhalle
Alle Mannschaften müssen zur Stelle sein. Diejenigen, welche am Erscheinen verhindert sind, haben ihre Ausstattungsstücke in die Turnhalle zu senden.
Das Kommando

G. B.
„Ambrosia“
hält Sonntag den 13. März, von nachmittags 8 Uhr und abends 8 Uhr ab sein
Tänzchen
in der „Funkenburg“
ab. Freunde und Gönner sind freundlich eingeladen.
Einen freien Eintritt.
Der Vorstand.

Deutscher Kaiser.
Heute Donnerstag Schlachtfest.

Die Mitgliederbücher werden in der Zeit vom 1. bis 12. März d. J. ausgegeben.
Gleichzeitig erfolgt die Auszahlung der auf 6 Proz. festgesetzten Dividende für vollgezahlte Anteile und Auszahlung der Guthaben ausgeschiedener Genossen.
Für nicht vollgezahlte Anteile sind in derselben Zeit die Beiträge zu entrichten.

Vorschuss-Verein zu Merseburg
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Achtung! Casino—Merseburg. Achtung!
Donnerstag den 10. März.
kommen die berühmten
Leipziger Humor-Sänger,
8 Sänger, 8 Humoristen, 8 Schauspieler, 8 Instrumentalisten.
Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Kassa 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. bei Herrn Kaufmann Schurig, Obere Breite Str., Herr Altendorf, Kl. Ritterstr. und im Casino.

Theater-Vorstellung
am Donnerstag den 10. März 1910, abends 8 Uhr,
im „Zivoli“.

Gastspiel des Mauthner-Ensemble
vom „Neuen Theater“ in Halle a. S.
Das Leutnants-Mündel
Luftspiel in 3 Akten von Leo Walter Stein.

Personen:
Meta Wanden } Cabarett-Maria Buhre.
Milly Böttcherin } Kästl. Martha Breda.
Goldfäher } Carl Heintz.
Bunzche, Burzche bei Horst } F. W. Stauble.
Otto } Wannen Kurt Herrmann.
Franz } Arthur Wagner.
Marie, Begleiterin o. Ines } M. Deutschmann.
Wiel } Herr Schreiber.
Christian, Diener bei Weber } Leon Jaccard.
Ort der Handlung: Berlin. Zeit: Gegenwart.
Nach dem 1. und 2. Akte längere Pausen.
Eintrittskarten zu 2 Mk. (Sperrst.) und zu 1 Mk. (unnummeriert) sind bei Herrn Kaufmann Emil Frahnert (Leop. Wehner) Kl. Ritterstraße 2 zu haben, sowie am 10. März 1910 von 7 Uhr abends ab an der Abendkasse im „Zivoli“.

Für Stotternde!
Am Freitag den 11. d. Mts., von 11—1 und von 2—7 Uhr findet in Merseburg Hotel Goldene Zinne Sprechstunde statt, wozu selbst Anskunft erteilt wird über mein neues radikales Silberfahren.
Praktische Ärzte und Lehrer, die zur Zeit selbst Stotternde unterrichten, sind zuerst von mir gebittet. (Manche hatten vorher bis zu 8 Anstalten ohne den erwünschten Erfolg besucht) diesbezügliche Originalzeugnisse stehen zur Verfügung.
Leidende können sich mit Hilfe meiner sehr einfachen Methode durch Selbstunterricht in kurzer Zeit von dem Übel befreien (ohne Medikamente). Bei Kindern kann das Übel von den Eltern beseitigt werden. Versäume es im eigenen Interesse kein Leidender, meine Sprechstunde zu besuchen.
Im letzten Jahre gingen bei mir über 300 Dankschreiben von Personen ein, die sich in kurzer Zeit mit meiner Methode selbst geheilt haben. Diese Briefe liegen zur gefälligen Einsicht aus.
Früher war ich selbst sehr stotternd und habe mich, nach vielen erfolglosen Kuren in den besten Anstalten, selbst geheilt. Mein Verfahren wird sogar von Behörden erworben und in Schulen angewandt.
Für die Anskunfterteilung ist eine Gebühr von 1 Mark zu entrichten.
Direktor Warnecke internationale Sprachheil-Anstalt.
Hannover, Brühlstr. 11.

Germania
Fahrräder
welche seit Jahren einen Weltrennen genießen.
Bisheriger Versand: 650000.
Seidel & Naumann, Dresden.
Naumanns Schreibmaschine „IDEAL“
ist eine durch und durch erstklassige Maschine, deren Konstruktion die größte Dauerhaftigkeit gewährleistet.
H. Baar, Merseburg, Markt 3.
Fahrrad- u. Nähmaschinen-Handlung, Reparaturwerkstatt.
Die neuesten Modelle sind angekommen.

Theater
„Weisse Wand“
Merseburg.
Täglich Vorstellungen.
Programm.
1. Der goldne Fisch. Drama aus dem Westen.
2. Auf dem Kummel-Kummel. Humor.
3. Ritten durch die Giesher. Herrliches Reiterbild.
4. Ein gutes Klebemittel. Humor.
5. Erlösung. Orgreif. Drama.
6. Die alte Leinwand nicht beschmieren. Humor.
7. Auf dem Bärenfang. Herrlich fotografiert.
8. Der verspätete Bräutigam. Pantomime.
9. Liebe ist wie Zuckerhölzchen. Tonbild.
Programmänderungen vorbehalten.

Hoher Verdienst! Gef. Vertreter am Privaat in Postamt und Gebirgen die Spezialmarken „Roland“:
Süßrahm-Margarine pr. Bld. 60 Pf.
Eigelb-Margarine pr. Bld. 65 Pf.
Jensen, Hadsen & Co.,
Margarine-Gesellschaft, Altona a. Elbe.

Erfahrungreiche Bürgerliche
Kranken- u. Unfall-Versich.,
ermöglichen eine Viertel Million, ges. Krankengeld a. Mt. 250000, f. ehrl. Herren a. Mitarbeiter a. hohe Bezüge. Offerten unter M 3630 an Haasenstein & Vogler, A. G. Leipzig.

Sämtliche Tischlerarbeiten
nimmt an
Paul Schneider, Dammstraße 10 II.
Luise Heitzschold,
Masseuse, ärztlich geprüft,
Windberg 1.
Bestellungen werden auch Evidenzstr. Nr. 1 entgegengenommen.

Chromo-Schub für Damen
Anschreibender Franzosen.
Prospekt und Muster durch Fachschule
Dr. S. Ehrner, Halle a. S., Mühlweg 23.

Eine zuverlässige Tagelöhner-Familie
Klein-Kayna Nr. 29.
Maurer werden angenommen
von A. Sommer, Scharnhorst.

Junger Mann
mit guter Handschrift für mein Kontor zu möglichst baldigem Eintritt gesucht.
Th. Groke.

Ein junger Barbiergehilfe
sofort gesucht.
H. Wittenbecher, Groß-Rogge.

Schulkinder,
welche Handarbeiten erlernen wollen,
können sich melden Leipziger Str. 77, 1 Tr.

Suche für sehr gute Stellen bei hohem Lohn
mehrere zuverlässige Köchinnen in gute Privathäuser für hier, B. Elm, Leipzig, Halle usw., Mädchen für Offiziersfamilie nach Weihenfels, bessere Haus- u. Stubenmädchen, Mädchen für einzelne Herrschaft, ältere u. jüngere Mädchen
Frau Henriette Langenhelm,
Stellenvermittlerin, Schmale Str. 18.

Suche zum 1. April er. ein
ordentliches, sauberes Dienstmädchen bei gut m. Lohn.
Selma Bergmann, Gottschalkstr. 19.

Aufwartung
sofort gesucht
Bachstraße 5.

Aufwartung
für vormittags gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.
Stern eines B.ilage.

25. Provinzial-Landtag.

(Org.-Sitz.) Merseburg, 8. März 1910. Das Haus ist heute nicht besetzt. Der Präsident Graf v. Barckenleben-Kogalen eröffnet die Sitzung mit einigen Mitteilungen. Darauf wird in die Erzielung der Tagesordnung eingetreten.

Entwurf eines 2. Nachtrags zum Reglement der Provinzial-Landschaftskasse. Landesrat Wolke. Der Kernpunkt der Vorlage ist, daß Darlehen aus der Landschaft auch an ländliche oder städtische Grundbesitzer ohne die bedingten Beschränkungen im § 11 Abs. 3 und 4 des Reglements und b) in besonderen Fällen auch an Anliegerschaften gegeben werden können. Das Bedürfnis dieses Nachtrags hat sich herausgestellt, da die Mittelbedürfnisse nicht genügend gedeckt sind. Besondere Mittel sind hierzu nicht nötig.

Abg. Stegemann-Haberbach: Für die Befreiung städtischer Grundstücke kommt in E. nur die städtische Sparkasse in Betracht, die werden auch die Sparkassen. Wenn der Geschäftler dort abgewiesen wird, wendet er sich an die Provinzial-Landschaftskasse. Es ist daher Vorbehalt dringend nötig. Betr. der Befreiung und Unterstützung von Überlandzentralen ist es nötig, dem Kreditbedürfnis darin entgegenzukommen und ein solches Institut zu schaffen. Die Bezüge, das die Sparkasse erst eine Garantie des Kreises verlangt, kann nicht dem beabsichtigten Zwecke förderlich sein. Aus diesen Gründen stehe ich der Vereinerlichung der Funktionen der Sparkasse nicht sympathisch gegenüber.

Abg. v. Schenck-Gentlin will auch die Sparkassen mit beschränkter Haftung in den Bereich der Sparkassen einbeziehen lassen.

Abg. v. S. Magdeburg: Die Sparkassen sind nicht in der Lage, dem Kreditbedürfnis in den Städten voll Rechnung zu tragen. Dem soll die Sparkasse abhelfen. Die Annahme des Abg. Stegemann ist daher nicht richtig. Denn auch die Sparkassen müssen bei Selbstkapital hohe Zinsen fordern. Für das Land bestehen schon Einrichtungen, um dem Kreditbedürfnis entgegenzukommen, aber für die Städte bestehen solche nicht und ein Interesse der Hebung des Realverkehrs hätte ich dem Antrage zuzuschreiben. Beibringungen für die betreffenden Provinzialräte bestehen in E. nicht. Die Hauptsache ist, daß hierbei das Zerpochen richtig gehandhabt wird.

Die Vorlage wird in nächster Sitzung in zweiter Lesung beraten werden.

Schwarzwasserhämorrhoiden des Jahres 1897. Landesrat Höfer. Zur Befreiung der durch das Mulde-Hochwasser im Jahre 1897 in der Provinz Sachsen entstandenen Schäden hat die Provinz dem Staat gegen eine Verpflichtung bis zur Höhe von 121 600 M. übernommen. Die Provinz hat an Waisen 115 686 M. gezahlt. Die Deckungsmittel sollen in den diesjährigen Etat eingestellt werden.

In erster und zweiter Beratung stimmt der Landtag zu. Schwarzwasserhämorrhoiden des Jahres 1900. Landesrat Höfer. Die gesondeten Entschädigungen bezifferten sich auf insgesamt 127 660 M. Der Landtag ermächtigt den Ausschuss 1. an Stelle der vom 24. Provinzial-Landtag beschlossenen Darlehenshilfe auf den leistungswilligen Kreis-Gemeinden, die Provinzial-Verwaltung, Kreisverwaltungen und anderen öffentlichen Verbänden ein Drittel der zur Befreiung der Hochwasserhämorrhoiden des Jahres 1900 entstandenen Ausleihungskosten zur Verfügung zu stellen, wenn der Staat gleichfalls ein Drittel unentgeltlich gewährt und 2. die Deckung der bisher erforderlich gewordenen Mittel in Höhe von 127 660 M. durch Einhalten von nur 127 700 M. in der Provinzial-Landtag für 1910/11 zu genehmigen. In erster und zweiter Beratung stimmt der Landtag ohne Debatte zu.

Einrichtung einer Erziehungsanstalt für schulentlassene, männliche Säuglingskinder in Merseburg bei Feig. Landesbauplatzmeister Freiherr v. Wilmsowitz. Die Provinzial-Erziehungsanstalt soll auf dem Schloßberg Merseburg bei Feig errichtet werden. Außer dem Rechte von 7 500 M. von früheren Bewilligungen sollen für bauliche Anlagen 161 500 M. und für innere Einrichtungen 5000 M. bewilligt werden. Die Stadt Feig hat sich gegen den Vorbehalt des Provinzial-Ausschusses genervt, die Anstalt im Innern der Stadt zu errichten, und dagegen vorgeschlagen, die Anstalt außerhalb der Stadt zu errichten. Oberbürgermeister Schreiber Magdeburg tritt den Anschauungen der Stadt Feig, daß eine solche Anstalt nicht in das Innere der Stadt gehört und dort nur den Interessen der Stadt Schaden zufügt, bei und bittet, den Wünschen der Stadt Feig entgegenzukommen.

Für Feig spricht Abg. Garte. Wird die Anstalt an der beabsichtigten Stelle errichtet, dann wird das Stadtbild sehr beeinträchtigt, es wird stark verschandelt. Wenn man es der Stadt Feig deshalb nicht werden, wenn sie sich entscheiden dagegen wehrt. Eventuell wird die Stadt überhaupt davon zurücktreten, der Provinz ein Bauplatz für billiges Geld zur Verfügung zu stellen.

Landesrat Höfer erläutert nochmals die Vorlage des Provinzial-Ausschusses und geht auf die Gesichtspunkte der Provinzial-Verwaltung ein, die sie bei Errichtung der neuen Anstalt in der Provinz hatte. Bemerkenswert ist noch, daß der Direktor der Anstalt in Feig sich mit dem vom Provinzial-Ausschuss festgelegten Plage einverstanden erklärt hat. Magdeburg war bei der Verwaltung der Anlage des Platzes insbesondere die finanzielle Seite, denn der Vorbehalt der Stadt Feig erfordert 241 000 M. Mehrgehoben gegenüber dem des Provinzial-Ausschusses. Das hätte zu bedenken sein.

Abg. Oberbürgermeister Schreiber weist auf Grund der Ausführungen des Vorredners nach, daß die Stadt Feig danach berechtigten Grund hat, sich gegen die Vorlage zu wenden. Es handelt sich um den Aufschwung der Menschheit und dieser gehört nicht in die Stadt. Die Vorlage ist die entscheidende und diese sollte in der Kommission eingeleitet werden.

Die Vorlage wird der Anstaltskommission überwiefen. Vertiefung des Wegesbau-Unterstützungsfonds. Landesbauplatzmeister Freytag begründet kurz den Antrag, der darin liegt, die dauernden Ausgabenmittel zur Förderung des Kreis- und Gemeindegewebes in den beiden Rechnungsjahren 1910 und 1911 von 740 000 M.

auf 765 000 M. und vom Rechnungsjahre 1912 ab von 740 000 M. auf 840 000 M. zu erhöhen und außerdem außerordentliche Mittel im Betrage von 1 Million M. bereit zu stellen zur Vertheilung der bisher zurückgestellten Anträge auf Bewilligungen von Hausbauunterstützungen und Wegbauunterstützungen; diese außerordentlichen Mittel sollen auf dem Wege der Mittelvertheilung werden.

Abg. Dr. Rudewig-Erfurt spricht gegen die Vorlage und schlägt vor, mit Rücksicht auf die mangelnde finanzielle Lage der Provinz erhebliche Mittelvertheilung vorzunehmen. Die Vorlage wird darauf der Hausbaufunktion überwiefen.

Bessere Verteilung der Provinzial-Geldmittel. Auch diese Vorlage wird vom Landesbauplatzmeister Freytag begründet. Der Antrag lautet: der Landtag der Provinz Sachsen möge beschließen, die für die Unterhaltung der Provinzial-Geldstellen zur Verfügung stehenden Mittel in den nächsten beiden Jahren um jährlich 800 000 M. und in den darauffolgenden drei Rechnungsjahren um jährlich 500 000 M. zu erhöhen. Auch diese Vorlage wird der Hausbaufunktion überwiefen.

Wasserregulierung in Hohenstein-Göfen. Landesrat Höfer begründet kurz die Vorlage, wobei die Provinz von den Ausleihungskosten für diesen Retraktationsbau ein Drittel, jedoch höchstens 82 000 M. unter bestimmten Voraussetzungen übernimmt.

Abg. Schmelz-Burg teilt mit die Vorlage dahin, daß diese der Stadt Burg Ergeben aufsteht.

Abg. v. Schenck-Gentlin ist für die Vorlage, die dringend nötig ist und große Vorteile schafft.

Die Vorlage wird einer Kommission von 5 Mitgliedern überwiefen.

Verkäufung der Mittel zur Unterhaltung von Kleinbahnen. Landesbauplatzmeister Freiherr v. Wilmsowitz: Die 1896 und 1904 bereitgestellten Mittel von 8 Millionen sind erschöpft. Da neue Anträge auf Unterhaltung früher zu erwarten sind, beantragt der Provinzial-Ausschuss, die Mittel des Provinzial-Kapitalbetriebs bis zum Höchstbetrage von 2 Millionen M.

Die Vorlage konnte nicht sofort erledigt werden, da infolge des Schwach besetzten Hauses Widerprotest gegen die sofortige Erzielung erhoben wurde. Nächste Beratung darüber morgen.

Wanderarbeitsstättengesetz. Landesrat Dr. Meißner: In Ausführung des Gesetzes, den der Provinzial-Landtag auf den Bericht der vom 24. Landtag der Provinz zum Studium des Wanderarbeitsstättenwesens in anderen Provinzen gewählten Kommission gefaßt hat, unterbreitet der Provinzial-Ausschuss dem Provinzial-Landtag folgenden Antrag: I. Provinzial-Landtag möge beschließen: die Land- und Stadtkreise der Provinz werden verpflichtet, auf Ersuchen des Provinzial-Ausschusses innerhalb ihres Gebietes Wanderarbeitsstätten nach Maßgabe des Gesetzes vom 29. Juni 1907 - G. S. 205 - einzurichten, zu unterhalten und zu verwalten.

Hierbei wird vorausgesetzt, daß die Staatsregierung zu den Kosten der Arbeitsnachweise dem Provinzialverbande einen Beitrag von mindestens 600 M. jährlich für die einzelnen Wanderarbeitsstätten, auf Erstattung ihres Betriebes ab leistet. II. Provinzial-Landtag möge weiter beschließen: 1. die Orte, an denen Wanderarbeitsstätten zu errichten sind, bestimmt der Provinzial-Ausschuss, 2. den Zeitpunkt, zu dem der Betrieb der einzelnen Wanderarbeitsstätten zu beginnen hat, bestimmt der Provinzial-Ausschuss, 3. die mit Wanderarbeitsstätten nicht bedachten Kreise der Provinz werden verpflichtet, zu den Kosten der Wanderarbeitsstätten beizutragen. Die Höhe des Beitrages legt der Provinzial-Ausschuss fest, 4. der Provinzial-Landtag erläßt die vorgeschlagene „Ordnung über die Einrichtung, Unterhaltung und Verwaltung der Wanderarbeitsstätten in der Provinz Sachsen“, 5. der Provinzial-Landtag erläßt die vorgeschlagene „Wander- und Arbeitsordnung für die Wanderarbeitsstätten in der Provinz Sachsen“, 6. der Provinzial-Landtag wird ermächtigt, mit dem an die Provinz angrenzenden Bundesstaaten und Provinzen Abkommen wegen ihres Anschlusses an die Wanderarbeitsstätten und Arbeitsnachweise der Provinz Sachsen zu treffen, 7. der Provinzial-Ausschuss wird ermächtigt, die Arbeitsnachweise der Wanderarbeitsstätten dem neu gegründeten „Verbande der Arbeitsnachweise in der Provinz Sachsen“ anzuschließen und diesen Verband mit einem Mitgliedsbeitrage von 1000 M. und einem Jahresbeitrage von 2000 M. zu unterstützen.

Nachdem Abg. Stegemann seine große Verleumdung über die Vorlage ausgesprochen hatte, beantragt er Kommissions-Beratung.

Abg. Schirmer-Wittenberg bekennet sich als früherer Gegner des Wanderarbeitsstättengesetzes und weist noch auf verschiedene Nachteile des Gesetzes für die Städte hin, die aber durch Kommissions-Beratung beseitigt werden können. Er wünscht, daß der Redner, bei der Gründung von Arbeiterkolonien Vorkehrungen getroffen werden. Das Wanderarbeitsstättengesetz muß dann später noch durch Arbeiterkolonien ergänzt werden.

Abg. Franz-Warbis stellt auch heute noch auf dem Standpunkt, daß es für die Provinz am besten ist, die Vorlage abzulehnen. Wird die Vorlage Gesetz, dann wird nur die Landstädte begünstigt, die die Erfindungen geleistet haben, die in Erfurt möglich konnte. Wo jetzt auch von die Provinzial-Verwaltung erfüllt werden sollen, sollte man den Versuch besser unterlassen. Nichts weh man, in welchen Städten sollen die Wanderarbeitsstätten errichtet werden, und welche Kosten werden dadurch verursacht. Nicht zu unterschätzen ist auch die Arbeit, das Gesetz so durchzuführen, wie man es beschließt, die Landstädte, die dann nur des Wanderarbeitsstättenwesens zu bearbeiten.

Oberpräsident v. Spegel: Mit der Einführung des Gesetzes wird keine Humanität erfüllt. Es ist dringend nötig und viele Städte und Kreise werden schon darauf. Wird das Gesetz abgelehnt, dann werden auch die Naturalspesehöfen aufgelöst und das Land wird wieder mit arbeitslosen Elementen überhäuft. Und das soll doch verhindert werden. Die Provinz wird dann nicht glücklich sein. Der Arbeitsnachweise ist doch nur eine notwendige Folge des Wanderarbeitsstättengesetzes. Daß die Landstädte begünstigt wird, trifft nicht zu. Die Staatsregierung plant ein Gesetz für die Regelung des Stellenvermittlungswesens und führt Arbeitsnachweise ein, die das gewerbliche Stellenvermittlungswesen unterbinden sollen. Die

Arbeitskolonien haben sich im übrigen gut bewährt. Nur da sollen Wanderarbeitsstätten errichtet werden, wo solche nötig sind. Der Provinzial-Ausschuss wird Bericht ablegen und schon dafür sorgen, daß die Provinz-Landtag nicht ohne weiteres zum Fenster hinausgeworfen werden. Die Vorlage bedeutet eine große soziale Aufgabe, die von Stadt und Land gleich anerkannt wird. Seien Sie in dieser Beziehung nicht rückfällig und nehmen Sie die Vorlage an.

Abg. Oberbürgermeister Venge-Magdeburg befürwortet sehr warm die Vorlage. Ramenthaler bemitteln Sie die Mittel für den Arbeitsnachweise. Gerade die großen Städte wollen Sie auf dem Punkte unterziehen, die Städte wieder auf Land zu bringen. Dies kann nur ein gesetzlicher Arbeitsnachweise.

Abg. Oberbürgermeister A. D. Wadsch begrüßend den Arbeitsnachweise als eine wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit, an der alle Teile der Provinz das lebhafteste Interesse haben. Stimmen Sie daher der Vorlage rückhaltlos zu.

Die Vorlage wird einer Kommission von 11 Mitgliedern überwiefen.

Erweiterungsarbeiten bei der Landesbell-Anstalt Ulfersberg. Landesrat Tonietti. Die Anstalt ist durch fortwährende Erweiterungen erheblich vergrößert, so daß der Neubau eines Lazarett und einer Kaserne, da die Anstalt einen besonderen Zweckcharakter besitzt, dringend nötig ist; ferner ist eine Vergrößerung der Feindpostkasselle beantragt. Hierfür soll ein Betrag von insgesamt 248 000 M. bereitgestellt werden.

Abg. Wani empfiehlt Kommissions-Beratung und bittet, streng zu prüfen, ob nicht Abzüge möglich sind. Hauptlich der Neubau der Kirche, die auf 9 000 M. veranschlagt ist, müßte früher noch auf einige Jahre hinausgeschoben werden können.

Der Landtag beschließt demgemäß.

Die Anträge: Umlauf eines Wiesengrundstückes der Landesbell-Anstalt Ulfersberg und Erweiterungsarbeiten bei der Landesbell-Anstalt in Ulfersberg werden ohne Verweisung Kommissions-Beratung überwiefen.

Der Antrag: Wani in einer Umlauf-Anstalt in Ulfersberg und Landesbell-Anstalt in Ulfersberg, dessen Kosten auf 72 000 M. veranschlagt sind, wird der Anstaltskommission überwiefen.

Einmalige Ausgabe für Lauchstedt. Landesrat Höfer begründet die Vorlage und empfiehlt sie zur Genehmigung.

Abg. Vogelstedt wendet sich gegen die Bewilligung. Wenn der Vertriebsrat behauptet, die geforderten 20 000 M. sind auf Grund einer städtischen Beschäftigung festgestellt worden, so kann man nur für eine Abweisung sein. Daß der Schwamm in den Häusern gewesen ist, dürfte wenig genug sein, daß die Quantitäten wenig forsächtig unterwehrt worden sind.

Landesrat Höfer erwidert kurz und gibt Aufklärungen. Die Vorlage geht an die Hausbaufunktion.

Für den Um- und Erweiterungsbau der Gebäumenlephantial in Erfurt fordert der Provinzial-Ausschuss einen Betrag von insgesamt 229 000 M.

Abg. Dr. Rudewig-Erfurt begründet warm die Vorlage, die im Interesse der Provinz dringend nötig ist. Es werden Quantitäten für die Unterbringung der Gefährlichen, ferner für die Schwanen- und Wägherinnen, sowie zur Unterbringung einer Gynäkologischen Abteilung gefordert. Der Redner geht dann noch auf die Requisition aus Erfurt ein und erlöst um Berücksichtigung.

Landesrat Wolke bemerkt, daß die einzelnen geforderten Abteilungen nötig sind.

Die Vorlage wird der Anstaltskommission überwiefen. Die Veränderung des Reglements für die Arbeits- und Landarmenbewerber, dem Landesbauplatzmeister zu befehlen, entmündigte Trunksüchtige, welche sich der Heilbehandlung in einer Zerkleinerungsanstalt widersetzen, und infolge Arbeitslosigkeit Aufwendungen der Armenverbände für sich oder ihre Familienmitglieder verursachen, auf Abänderung des Normen- und Statutenbuchs in die Arbeitsnachweise aufzunehmen, sofern die unterstützungspflichtigen Armenverbände die durch die Unterbringung entstehenden Kosten erstatten.

Der Landtag stimmt in erster und zweiter Lesung ohne Besprechung zu.

Nächste Sitzung Mittwoch nachmittags 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht Entgegennahme von Berichten der Provinzial-Städte- und Landarmenvereinigungen, Wahlen, letzte Beratung über ländliche Fortbildungsschulen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Provinz und Umgegend.

† Weißensfels, 8. März. Der Weißensfelder Lehrerverein beginnt am 5. b. M. in Schürmanns Garten die Feier seines 25jährigen Bestehens. Der Vorstand des Provinzial-Lehrerverbandes und die Lehrervereine Feig, Naumburg, Leuchern, Weißen, Merseburg, Leipzig u. a. hatten Deputationen entsandt, die dem Vereine herzlich Glückwünsche übermittelten.

† Naumburg, 7. März. Die Umwandlung der katholischen Privatschule in eine städtische Schule beschäftigte von neuem die Stadtverordnetenversammlung, die jedoch bei ihrem früheren Beschluß verbleibt, die Schule nicht zu übernehmen, sondern mit 1500 M. zu unterstützen bezw. die Kinder in die städtischen Schulen zu übernehmen. Die Stadtverordneten erklären sich ferner für die Annahme der Beschlussebestimmungen über die Neuordnung des höheren Mädchen-Schulwesens mit Rückwirkung auf den 1. April 1909, wodurch eine Mehrausgabe von 8415 Mark entsteht. Gegen die Einführung des Normalplans für das Realgymnasium mit rückwirkender Kraft zugestimmt. Die Gehälter der städtischen Be-

amten erfahren insofern eine Aufbesserung, als die Erreichbarkeit des Höchsthaltens auf 21 Jahre herabgesetzt wird. Die Anstellung eines Gemeindevorstandes mit 6000 Mk. Anfangsgehalt wurde abgelehnt.

† Eisenburg, 9. März. Der Bauer Wadewitz hier, der sich auf der Zougauer Sandstrasse im Radfahren übte, wurde von einem herankommenden Auto mobil erfasst und 100 Meter mit fortgeschleift. Der Radfahrer erlitt einen Bruch des Nasenbeins und des rechtsseitigen Hüftgelenks. Schwerverletzt wurde er durch das Auto selbst, das ihn überfuhr, ins hiesige Krankenhaus gebracht.

† Dresden, 8. März. Der Broden war bei dem herrlichen Wetter und vorzüglichem Regen Sonntag ein vielbesuchter Punkt. Die Schneedecke ist getrocknet, da nachts 5—6 Grad Kälte herrschten. Auf dem Broden wird noch immer fleißig dem Skisport geschuldet; leider kam Sonntag ein Unglücksfall vor. Ein Halberstädter Herr brach ein Bein. Der Brodenwirt und seine Angestellten leisteten dem Verunglückten die erste Hilfe, wobei sich die im Brodenhotel vorhandene Apotheke usw. sehr bewährte.

† Suhl, 9. März. Büchsenmachermeister Heinrich Hagen feierte gestern das seltene Fest der eisernen Hochzeit.

† Heiligenstadt, 8. März. Der Regierungspräsident v. Gurtur hat den Antrag der hiesigen Stadtvorordneten auf Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen Bürgermeister Zug und dessen Suspendierung vom Amte abgelehnt.

† Eisenberg, 8. März. Der Zimmermann Edwin Sachse aus Nuttersdorf ist gestern von Neubau der Hölzschlager Zementfabrik etwa 8 Meter hoch abgestürzt. Er trug lebensgefährliche Verletzungen davon. Seine Überführung in das Jenaer Krankenhaus fand sofort statt.

† Altenburg, 2. März. Durch einen schweren Unglücksfall wurde im Orte Langenlössen Oberbain am Montag eine Familie ins Glückseligste herab. Der in den vierziger Jahren stehende Dachdeckermeister Junke war auf dem Dache der Kirche mit Reparaturarbeiten beschäftigt, als er, jedenfalls infolge eines Fehltrittes, aus beträchtlicher Höhe hinfällig abstürzte und beim Sturze das Genick brach. Der Tod trat auf der Stelle ein.

† Plauen, 8. März. Im Grünsteinbruch a. d. Renghild wurde durch Explosion einer Dynamitpatrone ein Arbeiter schwer, ein anderer Arbeiter leichter verletzt.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 9. März 1910.

Heimatschutz in der Provinz Sachsen. Unter dem Vorhitz des Oberpräsidenten der Provinz, Excellenz von Hegel, hielt am Dienstag abend im hiesigen Schloßgartenalon der Verein für Heimatschutz in der Provinz Sachsen eine Versammlung ab, die überaus zahlreich besucht war. Außer den zum größten Teile erschienenen Landtagsabgeordneten war eine stattliche Anzahl von Männern aus der Provinz heimgegeeilt, die dadurch an den Bestrebungen des Heimatschutzvereins das lebhafteste Interesse bekundeten. Auch aus unserer Stadt waren viele Zuhörer erschienen. Den ersten Vortrag hielt der Landeskonfervator Landesbauamt Hiedr. Merseburg über „Heimatlische Bauweise und Heimatschutz in der Provinz“. Der Redner zeigte an einer großen Anzahl von Lichtbildern aus der Provinz, wie man anmutig und praktisch bauen, wie man altertümliches und liebgewordenes erhalten bzw. erneuern kann und zum Schluß die scharfen und oft drastischen Gegensätze unserer modernen Zeit. Mögen daher die Bestrebungen des Heimatschutzvereins überall rege unterstützt werden. Aber Organisationsfragen referierte Herr Reg. und Gewerbetat Claus-Gerfurt. Die Bestrebungen des Vereins bezwecken zunächst, die Bauartigkeit in bessere Bahnen zu lenken. Wie fürchtbar häufig oft jetzt gebaut wird und wie schön die alten Bauten waren, selbst eine simple Rindschafsmauer oder Hofst. zeigte so recht der erste Vortrag. Bahnbrechend ist hierin die Erfurter Gruppe vorgegangen. Dort ist eine Beratungskommission in Tätigkeit getreten, die sich schon nach kurzer Zeit als sehr nützlich und zeitgemäß erwiesen hat. Hier werden Bauentwürfe kostenlos geprüft und abgeändert, solche ausgestellt usw.; Vorträge für Baumtentehmer werden veranstaltet, um auch in diesen Kreisen bildend zu wirken. So ist schon viel gutes und nütliches geschaffen worden. Neuerdings soll ein Architekt angestellt werden, da die Arbeit zu sehr anschwilt. — Danach erstattete der Direktor des städtischen Museums in Magdeburg, Prof. Dr. Mertens einen Bericht über die Förderung der Naturdenkmalspflege. Ausgehend von der grundsätzlichen Bedeutung der Naturdenkmalspflege gab der Redner von der geleisteten Arbeit des Geschäftsführers des Vereins ein umfassendes Bericht, der dem aufmerksamen Zuhörer so recht zeigte, welche Schwierigkeiten überwunden wurden und noch zu

überwinden sind und wie sehr die Naturdenkmalspflege und -Erhaltung auf die Mitwirkung jedes einzelnen angewiesen ist. Zunächst war die Aufgabe des neuen Vereins, festzustellen, welche Naturdenkmäler überhaupt vorhanden sind. Die verhandelten 2000 Fragebogen sind nahezu vollständig mit einem überreichen Material wieder eingegangen. Dies war schon erfreulich. Die Prüfung der Fragebogen kann nur allmählich geschehen, für die Geschäftsführung war aber der Beweis erbracht, daß die Bewegung auf guten Boden gefallen war. Nun ging es an die Erforschung der Naturdenkmäler, die im Regierungsbezirk Magdeburg und im Südburg nahezu vollendet ist. Aber nicht mit der Erforschung allein ist es getan, die Objekte wollen auch dauernd beobachtet und vor Schäden und Einflüssen bewahrt sein. Erfolge sind auch hierbei schon zu verzeichnen, wie der Wobersberg bei Wittenberg bis Magdeburg, der Bogelsberg bei Magdeburg und im Burg und der Schutz von Blumen usw. bewiesen. Überall ist man den Bestrebungen und Wünschen bereitwillig entgegengekommen. Vorbildliche Maßnahmen im Interesse von Naturdenkmälern haben die Stadt Magdeburg, der Fürst von Stolberg u. a. erlassen. Auch im Geschäfte und in anderen Städten ist schon viel getan worden. Viel Arbeit bleibt noch zu tun übrig. Aber geleitet von dem Bestreben, daß die Naturdenkmalspflege überall gut aufgenommen ist und allgemeines Interesse erweckt hat, wird die Geschäftsführung dem guten und schönen Ziele des Vereins mit allen Kräften zustreben, das uns die engere Heimat besonders wertvoll macht. (Beifall, anhaltender Beifall). — Im Ziele der ausgedehnten Regierungspräsidenten v. d. Rede und v. Voreis wurden die neuen Regierungspräsidenten von Magdeburg und Merseburg in das Komitee gewählt. Mit den besten Wünschen schloß darauf der Oberpräsident die städtische Versammlung.

Vortragskurzus des Obstbauvereins Merseburg und Umgegend. Einen sehr lehrreichen Tag verlebten gestern diejenigen, die an dem Vortragskurzus des hiesigen Obstbauvereins teilnahmen. Drei Stunden lang lauschten die Zuhörer mit gespannter Aufmerksamkeit den durch eine große Zahl harer Lichtbilder unterstützten Ausführungen des Herrn Obstbaulehrers Schindler, der es in geschicktester Weise verstand, aus seinen reichen Erfahrungen für unsere Gärten Brauchbares zu bieten. So manche Obstanlage zog unter frischen Bemerkungen seitens des Redners an den Augen der Zuhörer vorüber, und wenn Bilder kamen, die fehlerhaft angelegt oder schlecht gepflegte Plantagen zur Darstellung brachten, sagte sich mander im stillen, genau so sieht es bei mir oder da und da aus. Grade der Obstbau ist eben ein Gebiet, das außerordentlich dankbar ist für rationelle Maßnahmen, aber auch ein Gebiet, das scharfes Beobachten und ein gewisses Maß von Kenntnissen erfordert. Besonders interessierten u. a. die verschiedenen Formen der Bäume, sowie das über das Umproben von Bäumen Gesezte. Zum Schluß erschienen neben Bildern aus Tirol solche, die das zweckmäßigste Verpacken von Obst zeigen sollten. Reicher Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Redners. Am Nachmittag versammelten sich die Zuhörer im Obstmuttergarten am Laufentor, dessen Betreuer der Magistrat der Stadt Merseburg bereitwillig gestattet hatte. Hier zeigte nun Herr Schindler, daß er auch im Führen der Baumheere, des Messers und der Säge Meister ist und es machte unverkennbar Eindruck, wie er mit Anlage leicht verständlicher Gründe an den einzelnen Zweigen sich durch Schnitt emporarbeitete. Ohne vorherige Orientierung erkannte er sofort am nackten Holz die einzelnen Sorten und wies darauf hin, daß jeder Baum seinen besonderen Schnitt erfordere. So wurden von ihm 4 Bäume, 2 Buchsbäume und 2 Hochstämme fertig geschnitten. Mögen die Ausführungen des Herrn Schindler einen guten Boden gefunden haben und mögen die Bestrebungen des hiesigen Obstbauvereins, der in uneigennützigster Weise unter großen Geldopfern diese Veranstaltung veranlaßt hatte, dahin führen, daß in unseren Gärten der rationelle Obstbau weitere Fortschritte macht.

Die Influenza tritt, wie von ärztlicher Seite mitgeteilt wird, in diesem Frühjahr wieder auffallend häufig auf. Seit dem Jahre 1889, in dem sich diese Krankheit als besonders heftige Epidemie von Sibirien aus mit rapider Schnelligkeit über ganz Europa und von da in derselben Richtung über die ganze bewohnte Erde verbreitete, hat sie eigentlich nie wieder verlassen, ist vielmehr ständiger Gast bei uns geblieben. Nicht als ob sie früher bei uns unbekannt gewesen wäre. Nur nannte man sie damals anders. Man brauchte damals das gute deutsche Wort Grippe. Influenza sagte man früher bloß von einer ähnlichen Krankheit der Pferde. Jetzt ist das Wort menschlich geworden, sowalagen hochfähig. Influenza klingt auch viel feiner, wissenschaftlicher, selbst wenn man, wie Unkel Väsfig dafür Inflorenzia sagt oder auch Infalenzia, wie man ebenfalls öfter zu hören bekommt. In letzterem Falle hängt das Wort mit „faulenz“ zusammen, und das stimmt, denn wer die Influenza hat, der kann nicht arbeiten. Er hat Frost und Fieber, klagt über Kopf-

weh und Gliederschmerzen, Mattigkeit und Schwindel, woran sich heftiger Husten und Auswurf zähen Schleims, Schlaflosigkeit und Mangel an Genuß anschließen. Nicht selten treten dabei nervöse Störungen auf, ja dieselben können so sehr in den Vordergrund treten, daß ein Nervenfieber oder eine Gehirnentzündung im Anzuge zu sein scheint. In dieser Form zeigt sie sich in diesem Jahre besonders häufig. Husten und Schnupfen fehlen fast ganz, während Schlaf- und Appetitlosigkeit fast stets vorhanden sind. Bei kräftigen Personen ist die Krankheit nicht gefährlich, wohl aber bei Greisen, Kindern und schwächlichen Leuten. Ganz besonders aber hat man sich vor den Nachkrankheiten zu hüten. Besonders oft folgt eine häufig gefährliche Lungenentzündung nach. Man soll daher diese tödliche Krankheit nicht leicht nehmen.

Nach § 107 der Reichs-Gewerbeordnung dürfen minderjährige Personen (bis zum vollendeten 21. Lebensjahre), soweit reichsgesetzlich nicht ein anderes zugelassen ist, als Arbeiter nur beschäftigt werden, wenn sie mit einem Arbeitsbuche versehen sind. Das Arbeitsbuch dem Arbeiter durch die Polizeibehörde desjenigen Ortes, an welchem er zuletzt seinen dauernden Aufenthalt gehabt hat, kosten- und stempelfrei ausgestellt. Die Ausstellung erfolgt auf Antrag. Den Anträgen sind beizufügen: 1. Die schriftliche oder mündliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters, 2. die Konfirmations- oder Schulentslassungsschein. Bei der Ausstellung bedarf es der Anwesenheit des Büchhalterin bezugs Vollziehung der Unterschrift. Die Gestattung der Arbeitsbücher erfolgt, wie schon erwähnt, unentgeltlich, Duplikate kosten 50 Pfg. Bezüglich der Ausstellung von Dienstbüchern müssen dieselben Voraussetzungen vorliegen, nur hat Antragsteller das Buch selbst zu beschaffen.

Auf Grund des Beschlusses beim Garde-Appeal in Jena findet der diesjährige Garde-Appeal für Thüringen und Sachsen nebst angrenzenden Bezirken am Himmelstagsfesttage in Naumburg a. S. statt. Die ideale Anreue, von Zeit zu Zeit einen Garde-Appeal abzuhalten, hatte in Erfurt, Gotha, Mühlhausen und Jena ein immer gereizter Interesse dafür hervorgerufen, sodaß in Jena schon gegen 1500 Teilnehmer sich kameradschaftlich die Hände reichten. Im Hinblick auf die mannigfachen Reize des garnisonreichen Naumburg — dessen funktvolle Bauwerke, seine Frühlingssprache, seine rebenumkränzten Berge, die erhellenden Wälder, die sagenumwobenen Burgen, an denen tief unten wie ein Silberband sich die alte liebe Saale hinzieht — dürfte zu erwarten sein, daß Naumburg eine ganz besonders hohe Zahl von Teilnehmern wird begrüßen dürfen. Um deren schätzbaren Besuch zu würdigen, wird seitens der Feststadt alles Gesehen, um den Kameraden und allen wertigen Gästen eine dauernd angenehme Erinnerung zu sichern.

Im Verlage der Fr. Stollberg'schen Buchhandlung erschien dieser Tage ein Plan der Stadt Merseburg, nach amtlichen Quellen entworfen und gezeichnet von W. Miedlig, neubearbeitet von Chr. Fahne, im Maßstabe von 1:6000. Der Plan zeigt von der städtischen Altanlage im Norden bis zum Bürgerlichen Brauhaus im Süden und vom Seminargrundstück im Westen bis zu den Amtshäusern im Osten. Die Ausführung ist trotz der Verwendung nur einfarbigen Druckes übersichtlich und klar, die öffentlichen Gebäude, Kirchen und Denkmäler treten kräftig hervor und sind deshalb leicht auffindbar, die Straßenamen sind in deutlicher Schrift eingetrag und leicht zu lesen, so daß jedem die Orientierung an der Hand dieses Planes ungenau leicht gemacht ist. Die Anschaffung dürfte sich namentlich auch für neu eingezogene Bewohner Merseburgs empfehlen, da sie sich mittels dieses praktischen Stadtplanes in kurzer Zeit mit allem vertraut machen können, was sie als Einwohner zu wissen mehr oder weniger verpflichtet sind.

Das am Donnerstag abend im „Cassino“ stattfindende Konzert der Leipziger Humorfänger verspricht ganz interessant zu werden, da nach anderen Berichten die Gesellschaft über tüchtige Kräfte verfügt und einen unwürdigen Humor entfaltete. Auch werden die einzelnen Zwischenpausen mit Musikstücken der eigenen Kapelle der Sänger ausgefüllt. Ein Besuch der Vorstellung dürfte sich daher lohnen.

Theater im Livoli. Wir verweisen nochmals auf die Aufführung des amilantischen Lustspiels „Das Leutnants-Wandel“ von Stein durch das Hallische Mathreuer-Ensemble, die am morgenden Donnerstag abend im Livoli stattfindet. Der Vorverkauf ist ein reger und dürfte eine volles Haus sicher zu erwarten sein.

Ans von Merseburger und benachbarten Kreisen

Lauchstedt, 8. März. Amtsrichter Dr. S. D. W. heim ist vom 1. April c. ab an das Landgericht zu Naumburg als Landrichter versetzt.

Schaffstädt, 8. März. Wie schon berichtet, feierte am Sonntag das Heinrich Jakobse Ehepaar

hier die goldene Hochzeit. Mit ihnen konnte der Sohn des Jubelpaars mit seiner Gattin das Fest der silbernen Hochzeit begehen. Schon in den Morgenstunden wurden die Jubelpaare durch ein Ständchen erfreut, dem im Laufe des Tages noch zahlreiche Gratulantinnen aus Fremden-, Verwandten- und Bekanntenkreise folgten. Die Einsegnung des goldenen Jubelpaars fand in der Wohnung durch Herrn Pastor Voigt statt, dem sich eine kleine Feste im engsten Familienkreise angeschlossen.

8. Schaffstädt, 8. März. Die Stadtverordneten-Versammlung nahm Kenntnis von der Position der Kümmerei und Armenpflege sowie der fälligen Sperasse pro Monat Februar. Ferner wurde noch Kenntnis genommen von zwei von der königlichen Regierung eingegangenen Schreiben, Fortbildungsschule und Erhebung von Fremdenzuzug betreffend. Sodann fand die Beschlußfassung über Vermittlung von Mitteln zur Schulerneuerungsfeste auf der Tagesordnung. Das Programm auf dieser Feste ist festgelegt. Die Lasten für Musik, Dekoration, der geladenen Gäste usw. werden sich auf etwa 300 Mk belaufen, welche sich einstimmig bewilligt werden. Weiter fand wieder einmal die schon so oft besprochene Elektrizitätsfrage auf der Tagesordnung. Obwohl schon vor längerer Zeit beschlossen war, unsere Stadt mit elektrischem Licht und Kraft zu versehen, ist es bis jetzt mit keiner der beteiligten Firmen zu einem definitiven Abschlusse gekommen. In der nächsten Sitzung tag ein Vortragsabend der überlandzentrale Auswahlschön und konnte es offensichtlich mit diesem Wert zu einem Abschlusse, zumal der Stadt wenig Mittel entsteht. Es liegt die Möglichkeit vor, daß unsere Stadt schon in kurzer Zeit mit Elektrizität versorgt sein wird. Sodann kamen noch einige fällige Angelegenheiten zur Vernehmung.

8. Schaffstädt, 7. März. Gestern fand im Vor- und Nachmittagsgetreidene Kirchengesellschaft durch den Sup. Hilpert zu Nieder-Coburg statt. Abends fand im Schützenhaus eine Familienabend statt, in dem Sup. Hilpert über „Christentum und Familienleben“ und Pastor Voigt über „Sekten und Gemeindefeinde“ sprach.

8. März, 7. März. Die Stadtverordneten genehmigten den Etat der Kümmerei für das Etatsjahr 1910 in Einnahmen und Ausgaben mit 100043 Mk. Ferner wurde die Verlängerung des Leihungsvertrages des fälligen Elektrizitätswerkes bis zum Parteirestaurant beschlossen. Rechtsanwalt und Notar Baeretz wurde in die Schuldenabteilung gewählt.

8. März, 8. März. Nach Beschluß der letzten Stadtverordnetenversammlung sollen statt der geplanten Steuererhöhung von 40 Proz. nur 35 Proz. erhoben werden. — Gelegenheitlich des am 7. und 8. Juli d. J. hier stattfindenden Unterverbandstages der Vorwärtsvereine der Provinz Sachsen und des Sprottungskreis Inhabt soll das neuerrichtete Geschäftsbüro des hiesigen Vorwärtsvereins feierlich eingeweiht werden.

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Der 9. März 1888 ist der Todestag des deutschen Kaisers Wilh. im 20. Lebensjahre. Seit diesem Tage verfließen die Jahre, aber das deutsche Volk immer noch des großen Heldentumers, unter dem das neue deutsche Reich geschaffen worden. Es gebietet seiner in liebender Verehrung und in den Annalen der Geschichte ist sein Name als der heldenreiche Kämpfer der Schlachten für alle Zeiten mit leuchtenden Letztern eingetragen.

Wetterwart.

10. März: Trocken, teils heiter, teils wolfig, Nachtfrost, Tag milde. — 11. März: Zunehmend bewölkt, etwas wärmer, hellenweise etwas Regen.

Luftschiffahrt.

Paris, 8. März. Der Luftballon Rougier hat gestern abend vor einer riesigen Zuschauermenge abermals einen Flug von 15 Minuten in 400 Meter Höhe über dem Meeresspiegel von Monaco ausgeführt. — Auf der Ebene bei Pau wurde gestern nachmittag der englische Luftkünstler Blüte von einem Unfall betroffen. Blüte, der jüngst sein Heliostation ermorben hat, flog mit einem Heliozylinder gegen einen Baum. Der Apparat kippte um und ging in Trümmer. Blüte erlitt ziemlich arge Verletzungen im Gesicht.

Vermisches.

Wom Halleschen Kometen. Zur Beobachtung des Halleschen Kometen begibt sich der Astronom Jean Morcar vom Pariser Observatorium nach der Sternwarte von Teneriffa. Als einer der Gründer des Meteorologischen Instituts auf dem Pic von Teneriffa gab der deutsche Kaiser, wie der „Figaro“ meldet, Befehlungen zur gütlichen Aufnahme des französischen Gelehrten, dem der ganze wissenschaftliche Apparat des Instituts zur Verfügung gestellt werden soll.

Das 50-jährige Bestehen der Firma Lang. Die Jubiläumsgesellschaft der Firma Heinrich Lang in Mannheim, die bekanntlich ihr 50-jähriges Bestehen feiert, braggan Sonntag mit einer Festausführung des „Wallenstein“ im Hoftheater in der neuen, von der Familie Lang gestifteten Musikstadt für die Beamten und Arbeiter der Fabrik. Da an der Theateraufführung nur ein Teil des Personal hatte teilnehmen können, muß diese nächsten Sonntag wiederholt. Durch Jubiläumstag wurde bekannt gegeben, daß anlässlich des Jubiläums die kaufmännische und technischen Bureau, soweit sie nicht direkt mit dem Fabrikbetrieb zusammenhängen, geschlossen bleiben.

Ein frecher Raubfall! wurde Montag nachmittag in Witten in einem Juwelierladen beobachtet. Dort erschien eine junge Dame, wählte verschiedene Schmuckstücke aus, ließ sie zusammenpacken und verlangte eine Eintritt. Während die allein im Laden befindliche Inhaberin diese schrieb, schüttete ihr die Fremde plötzlich Säbelsäure ins Gesicht und floh mit ihrem Raub. Die Ladeninhaberin erlitt schwere Augen in Gesicht und Wangen.

Wenzel-Explosion. In Genf ist am Montag eine heftige Feuerkatastrophe in einem Weinladen ausgebrochen. Das Feuer nahm mit großer Geschwindigkeit eine enorme Ausdehnung an. Fortwährend vernahm man

Explosionen von Benzinflammen. Die ganze Stadt war in eine Rauchwolke gehüllt. Brennendes Öl ergoß sich in einem Umkreis von 300 Meter um das Depot und bedrohte einer Zeit der anstehenden Zerstörung. Die gesamte Feuerwehrgesellschaft war an Ort und Stelle. — Weiter wird berichtet: Der Brand, der hier ausgebrochen ist, hat in der Umgebung des städtischen Benzindepots großen Schaden angerichtet. Etwa hundert Tonnen Benzin explodierten. Unter der Verpöschung entstand eine große Panik. Die umliegenden Wege in der Nähe des Schuppenlagers der Katastrophe sind durch die Benzinexplosion fast vollständig wüsten. Was jetzt sind schon Feuererlöschende gemeldet.

(Word und Selbstmord auf See.) In der Nacht zum Sonntag wurde, wie aus Kiel gemeldet wird, vom Feuerschiff „Witt“ aus vor der Kieler Bucht mehrere Stunden lang ein treibendes Boot beobachtet. Als ein Kieler Bergungsdampfer in See ging, um einem bei See mar gestrandeten Dampfer Hilfe zu leisten, wurde das Boot geborgen und nach dem Feuerschiff gebracht. Im Boot lagen eine tote Frau und ein schwerverwundeter Mann. Der Mann hatte ein Notizbuch bei sich, in dem der Name „Müggel aus Volgenberg“ stand. Die Frau trug eine Tauring mit der Aufschrift „Georg Wiers, 1. 1. 1892“. In dem Notizbuch war der Name der Frau mit Anna Wiers aus Volgenberg angegeben. In einem der Briefe war geschrieben: „Ich liebe dich sehr, Frau Else. Ich bin nicht vereint leben konnten, wollen wir vereint sterben.“ Die Frau ist durch einen Schlag ins Herz getötet worden, der Mann durch drei Schüsse so schwer verletzt, daß er schwerlich mit dem Leben davonkommen wird. Der Verwundete wurde nach Kiel in die adaldische Seemannschaft gebracht, die Wunde der Frau nach dem pathologischen Institut. Das Boot war abends vorher im Hüttenbach Stein beobachtet worden.

(Das Ende einer Familie.) In Niebau bei Linz erschoß ein Gatte seine Frau und zwei seiner Kinder im Alter von drei und fünf Jahren, überlebte ein neunjähriges Kind lebensgefährlich und verlor das dritte Kind.

(Die Wäcker in Billabellplatz.) Da die Stadtverordneten eine Versammlung der Anwohner unter feinem Himmel verboten hatten, versammelten sich am Sonnabend Tausende von Anwohner auf dem Independence Square und marschierten nach ihrem Versammlungsort, wo Neben gehalten wurden. Mit der Polizei, die sich darauf beschränkte, die Menge in der Straße in Bewegung zu halten, kam es nur zu einigen unbedeutenden Zwischenfällen. Die Streikenden haben sich bereit erklärt, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen, wenn sie vorher wieder eingekerkert werden. Es ist aber unwahrscheinlich, daß die Arbeitgeber diese Bedingung annehmen werden. Bei den Zusammenstößen waren Männer, Frauen und Kinder die Straßenbahnwagen und die Polizei mit Steinen. Die Schwärme nach dem Streik haben sich betraut, wobei zahlreiche Personen verletzt wurden. Die Unruhen erneuerten sich im Laufe des Sonntags. Mehrere Personen, darunter eine Frau, wurden durch Schüsse, zahlreiche andere durch Schläge mit Polizeistäbchen zum Teil schwer verletzt. Eine Anzahl Demonstrationen wurde verboten.

(Geheimer Rechnungsrat Hans Kiel) einer der ältesten Beamten des Reichsgerichts, ist am Montag abend nach langem Leben gestorben. Er war namentlich in Kriegervereinigungen eine hochangesehene und lebende Persönlichkeit.

(Die Verhaftung der Frau von Schwebel-Weber) wird in der nächsten Zeit das Oberlandesgericht Königsberg beschäftigen. Gegen den Haftbefehl hatten bekanntlich der Herrmann und Frau Schwebel, die am Montag Dr. Seligmann in München, Beschwerden eingelegt. Am Dienstag sind die Akten an das Oberlandesgericht Königsberg abgegangen, und der dortige Strafsenat wird zu prüfen haben, ob der Haftbefehl zu Recht erlassen ist.

(Ein schweres Automobilunglück), bei dem vier Personen verletzt wurden, ereignete sich Montag nachmittag gegen 1 Uhr auf der Berlin-Brandenburger Chaussee zwischen Glinow und Plesow bei Berlin. Aus der Richtung von Potsdam kam ein neues Automobil der Marke Mercedes, das eingefahren werden sollte. In dem Auto saßen außer dem Chauffeur vier Bekannte von ihm, und zwar der in der Hauptstadt 101 in Wilmersdorf wohnende Schlachtmeyer Mayer, der in der Falgauer Straße in Wilmersdorf wohnende H. G. Schumann, der in Wilmersdorf am Südviertelplatz 1 wohnende Restaurateur Riegel und der in der Pariser Straße 60 wohnende Chauffeur Müller. Als das Auto in schnellem Tempo über die oben genannte Chaussee fuhr, kam ihm ein Lastfuhrwerk entgegen. Der Chauffeur wollte ausweichen, dabei kam die Steuerung in Unordnung, das Auto fuhr in einen Graben, kam aber aus diesem wieder heraus und fuhr nun mit voller Gewalt gegen einen Baum. Der Anprall war so heftig, daß das Auto vollständig in Trümmer ging. Die Insassen wurden in weiten Bogen heraufgeschleudert. Am schwersten verletzt wurde der Milchhändler Rühlmann, der mehrere Weindrücke davongetragen hatte. Er erlitt einen Rippenbruch, Hüft- und Mayer kamen mit Hautabrischen davon. Der Chauffeur, der das Auto gefahren hatte, blieb vollständig unversehrt. Rühlmann wurde von der inzwischen requirierten Wilmersdorfer Sanitätskolonne nach dem Krankenhaus geschafft. Die übrigen vier Personen bestiegen ein anderes Auto, das sie ins Krankenhaus hatten kommen lassen und fuhren nach Hause.

(Vandung eines Ballons auf der Straße.) Dienstag vormittag stieg der Ballon „Schudi“ des Berliner Vereins für Luftschiffahrt in Schwanenort auf. Wichtige Aufschreibungen liegen ihn nicht über das Gebiet des Gemeindefinanzamtes. Er mußte schließlich in Charlottenberg in nächster Nähe des Reichsanpalast auf der nur 15 Meter breiten Seiten-Straße landen. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge sah den Landungsmanövern zu und beteiligte sich tatkräftig am Landungswerte. Nun konnten die vier Insassen ungehindert die Gondel verlassen.

(Die Wiener Giftmorbache.) Die Untersuchung gegen Dorothea Hofrichter in Wien wird in Kürze beendet sein. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, soll die Einberufung eines Revisionsgerichts gegen Hofrichter beantragt werden. Die ausführlichen Indizien wurden durch die dreimonatige Untersuchung erweitert und vertieft. Die untersuchenden Ärzte erklärten Hofrichter für giftig normal, aber für einen Simulanten. Er habe Opiumgift, ein giftige Giftes-Substanz und relativ hohe Blutvergiftungen fingen. Er habe auch offensichtlich verdächtige gewisse Absonderlichkeiten seines physischen und psychischen Lebens glauben zu machen. Ferner habe er

wiederholt eine Verabänderung mit der Augenwelt herstellen wollen, um die Zeugen zu beeinträchtigen. Durch die Raufschußung in der Angelegenheit der Hofrichter ist die Unterjagung gegen Hofrichter verjährt worden.

(Ein raffiniertes Schiedsgericht) hat in einem Gelsenkirchener Geschäft ein dort angelegter Verleumdung verübt. Der junge Mann entwendete in einem unbekanntem Augenblick aus seinem Chef vollgesehene Schekts auf insgesamt 12540 Mk. Er gerietlich um eine Benachrichtigung der Bank und Postzeit zu erschweren, die Telefonleitung und hob den Betrag der Bank bei der General-Kreditbank angefordert ab. Der Dieb ist bisher noch nicht gefaßt worden.

(Über eine Explosionskatastrophe) wird aus Köln berichtet: In einer Waagen- und Formschiff-Explosion am Montag abend eine Fabrik der Maschinenbau in der Unterjagung gegen Hofrichter verjährt worden. Die Fabrik wurde durch die Explosion zerstört. Die Arbeiter wurden durch die Explosion schwer verletzt. Drei Arbeiter liegen schwer verletzt darnieder.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 8. März. Zum Austauschprofessor für die nordamerikanischen Harvard-Universität wurde Geheimer Professor Max Friedländer (Berlin) bestimmt; Professor C. M. Daenell (Kiel) ist für die Columbia-Universität in New York bestimmt.

Paris, 8. März. Der große Russen erregenden Verhaftung des Liquidators der Kongregationen Dues war auf die Annahme der Staatsanwaltschaft eine Prüfung der Bücher des Liquidators vorausgegangen, mit der ein Durchführungsschwerfächer betraut worden war. Die Untersuchung zog sich etwas in die Länge, als man plötzlich rechtliche Unterstellungen entdeckte. Der Staatsanwalt forderte hierauf von Dues Aufklärung. Dieser versicherte, in 24 Stunden seine Summen herbeischaffen zu wollen, deren Verifizierung nun ihm vorwarf. Da Dues dieses Versprechen nicht hielt, ließ ihn der Staatsanwalt verhaften. — In parlamentarischen Kreisen hat die Verhaftung des gerichtlichen Liquidators Dues unangenehmes Aufsehen hervorgerufen. Dues gestand, daß er bei der Liquidation der Kongregationsgüter vier Millionen Francs und bei der Liquidation anderer ihm zum Gericht zugewiesenen Güter eine Million veruntreut habe.

Konstantinopel, 8. März. Gestern trat ein außerordentlicher Ministerrat zusammen und beriet über das adriatische Eisenbahnprojekt. Wie ein Mitglied des Ministerrats mitteilt, wird das Projekt ausgeführt werden. Das Mittel jedoch ist wegen Verfüllung eines unzutreffenden Arbeiterartikels verboten worden.

Rio de Janeiro, 8. März. Das Schwurgericht beurteilte gestern abend den Mord an Hermann Diez aus März wegen Erschließung des Jagdbahngesellschafts Mann aus Krefeld am 2. und jedes Jähres Zugstufung.

Chicago, 8. März. 48 Prozent der Rotomotivführer und Fahrer von 50 Wagenbesitzerfirmen der Union haben zur Erzielung höherer Löhne für den Ausbruch gestimmt.

Berliner Getreide- und Produktenspiegel.

Berlin, 8. März.
Weizen rot, incl. 220,00—222,00 Mark
Roggen rot, incl. 154,00—155,00 Mark
Gef. Fein 171,00—173,00 Mark, incl. mittel 165,00 bis 170,00 Mark.
Weizen rot, incl. 220,00—222,00 Mark
Roggen rot, incl. 154,00—155,00 Mark
Gef. Fein 171,00—173,00 Mark, incl. mittel 165,00 bis 170,00 Mark.

Produktenbörse in Leipzig

am 8. März.
Weizen rot, 212—217 Gg. B.
argenti, 232—238 Gg. B.
ruffischer 226—241 Gg. B.
Ganjas — — — Gg. B.
Roggen rot, 151—157 Gg. B.
argenti, 155—161 Gg. B.
ausländ. — — — Gg. B.
Gerste, Bran-
gerl., die 165—175 Gg. B.
feinste über Rottg.
Sack-Gr. 171—184 Gg. B.
feinste über Rottg.
Rohst- u. Futterm. 184 bis 182 Gg. B.
Gef. Fein 171,00—173,00 Mark, incl. mittel 165,00 bis 170,00 Mark.
Weizen rot, incl. 220,00—222,00 Mark
Roggen rot, incl. 154,00—155,00 Mark
Gef. Fein 171,00—173,00 Mark, incl. mittel 165,00 bis 170,00 Mark.

Reklameteil.

MANOLI CIGARETTES
Specialitäten
Manolisip-Meine Kleine
Lord Cecil-Gibson Girl

In das Genossenschaftsregister, betr. die Ein- und Veräußerungsgenossenschaft der Bäckerei in Werleburg, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, ist heute eingetragen: Die Genossenschaft ist durch Beschluss der Generalversammlung vom 1. März 1910 aufgelöst. Die bisherigen Vorstandsmitglieder **Engel** und **Höfel** sind Liquidatoren.
Werleburg, den 4. März 1910.
Königliches Amtsgericht, Abt. 4.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsversteigerung soll das in Werleburg **Gutenbergrasse 25** belegene, im Grundbuche von Werleburg Band 54 Blatt Nr. 2168 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des Bauunternehmers **Wilselm Jankoff** hier eingetragene Grundstück: Wohnhaus mit Hofraum, Gartenblatt 6, Parzelle 1084/56, von 2 a 81 qm Größe mit 1800 M² Gebäudevermerkswert, **am 7. Mai 1910, vormittags 9 1/2 Uhr**, durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle, Poststraße Nr. 16, Zimmer Nr. 19 — versteigert werden.
Werleburg, den 4. März 1910
Königliches Amtsgericht

Bekanntmachung.

Zum Neubau der Straße in der Feldmark **Söhlisch** soll die Anlage von 4684 qm Koppflastersteinen vom Bahnhofs Werleburg und 2607 ebm Kies aus den in der Nähe gelegenen Gruben **Montag den 14. d. M., nachmittags 2 Uhr**, im **Gerichtshof** zu **Söhlisch** an den Mindestfordernden unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen vergeben werden. Söhlisch, den 6. März 1910.
Königliches Amtsgericht

Tagübernachtung.

Die Jagdordnung auf den Grundstücken des gemeindefreihlichen Jagdbezirks der Gemeinde Frankeben soll **Sonnabend den 19. März, nachmittags 5 Uhr**, im Predigtstuhlgasthaus hierelbst öffentlich mittheilend verpackt werden. Die Jagdbedingungen werden im Termin bekannt gemacht.
Frankeben, den 2. März 1910
Der Jagdvorsteher **Fehle**.

Berichtliche Auktion.

Die zur Bauunternehmer **Weser Jankoff** fahen Konkursmasse gehörigen Baumaterialien und sonstigen Waren, als:
1 gr. Posten fichtene, birkenne, eschene und eichene Bretter verschiedener Stärke, geschnittenen Latten, Treppenstufen, Türbekleidungen, schwedische Dielung, Schwarzen, Bettstollen und Kantenholz,
sowie:
verschiedene Türen und Fenster, Spalierlatten und Brennholz,
ferner:
Dachpappe, Drahtziegel-Gewebe, eiserne Hofentwässerungen, Aschengrubendeckel, Tonrohre, Kuhkrippen und Futtertröge,
auch:
eiserne Träger, verschiedene Gerätschaften, 1 Posten Steine, Dachziegel, Flurplatten, 5 Granitsockel, 3 Kracksteine, Zement, Kalk, Gips, 1 Häckselmaschine, 1 eis. Waschkessel, kleinere eiserne Oefen und div. Eisenzeug,
und:
1 Posten div. Nägel, Maurerdraht, Türbänder und andere Sachen mehr, sollen öffentlich versteigert werden. Dazu habe ich auf dem **Bauhofe Gutenbergrasse 19 hier** Termin auf **Sonnabend den 19. März 1910, vorm 9 Uhr**, angesetzt, wozu Kaufwünsche geladen sind. Mittags findet keine Unterbrechung statt.
Werleburg a. S., den 2. März 1910.
Konradverwalter **Sunth**.

Wohnung.

8 Stuben, 2 Kammern, Küche, Zimmertisch mit allem Zubehör, ist zu vermieten und 1. Juli 1910 zu beziehen
Ober-Burgstrasse 8, I.
Freundliche Eiferwohnung wozugelaber zum 1. April oder später zu vermieten
Friedrichstraße 20.

Da ich die Lehrkurse mit eigener Garderobe aufgegeben habe, so empfehlen wir uns zur **Anfertigung von Damengarderobe sowie Schneiderkleidern, Kostüme usw. Geschwister Schnelle, Vorwerk 4.**



Hochzeits-, Visiten-, auch Reisefuhren auf längere Zeit übernimmt und führt mit erstklassigem Pferd und Wagenmaterial aus
Otto Obenauf, Goldener Löwe, Teichen 298

Morgens und abends verkauft **frische Milch** Lindenstraße 2.

Einige Fuhren **gutes Wiesenheu** hat abzugeben **Unter Altenburg 44.**

Gelegenheitskauf. Eine **Schreibmaschine**, wenig gebraucht, gut erhalten, ist preiswert zu verkaufen
Richard Lots, Papierhandlung, Burgstraße 7. Fernsprecher 291.

Neue Betten. Die seit vielen Jahren aus m. gr. Betten-Versand enthiendenen **Matratze** mit **11. Schöngewebematten** habe ich in vollstündigen Betten zusammengeheft. Ich gebe ich d. 1. bekannter Größe ab. Ober- Unterbett, Resten 26 M., mit 2 Kissen 30 M., Bettfedern u. **Juliette** in allen Preislagen.
Stock, Betten-Versand, Leipzig-Böhlitz.

Wollenlos
diese Wollenlang liefern wir Ihnen ganz ohne den besten und billigsten Wochenchriften „Die Hilfe“. Der angegebene ist Friedrich Neumann, M. d. 2. Diese Geschäftsführer haben sich nicht nur bei der Post Nr. 2, 12 M., haben sondern sie sich durch beispiellose Redlichkeit an getragener Unterhaltungs- und Bildungsarbeiten. **Wollenlos** ist ein solches. **Wollenlos** ist ein solches.
„Die Hilfe“ Berlin-Lichtenberg.

Knorr's Hafermehl, 1/2 und ganze Punde, **kondensierte Schweizermilch,** 50 Pf (Marke Milchmädchen) empfiehlt **Oskar Leberl** Drogen und Farben, **Burgstraße Nr. 18.**

Eukalyptus- Menthol-Honbon hat gut bewährt bei Husten, Verstopfung, Berlangen, Eie oder bitte nur Marke „Farri“ **K. Rietze, Kaiser Trau, Rohmarkt, Pater 80 Pf. bei**

14 tote Ratten fand Herr Landwirt **Capel, Michelau**, nach Auslegen eines **Patentes „Es Schmidt prächtig“**. **Rate 50, 100 Pf. Menschen** **Gehel, Hauskieren nicht tödlich, mit** **Ratten, Ratten, Dom-Apotheke** **Marien-berg**

Tolles Zahnweh **JEHNOL** D. R. G. M. sofort **328318** **Karton mit Gebrauchsanweisung 30 Pf.** **Nur in Barbier- u. Friseurgeschäften.**

Die jetzt zu Geschäftszwecken in meinem Hinterhaus benutzten Räume beabsichtige ich an einzelne Leute baldigst zu vermieten; Baueinrichtung, Koch- und Leuchtgas vorhanden. Hierdurch entbehrlich werdende Warenkörbe, Regale, Laden- und Konfektionstische, sowie 2 Leitern sind preiswert zu verkaufen.
G. Brandt, Gotthardstr. 25.

Wohnung in Skopau. Schöne Wohnung von 3 St., K., Küche, Zimmertisch, Garten und reichl. Zubehör, **am 1. April für 225 M²** an aufständigen Leute zu vermieten. Näheres bei Privatmann **E. Bötcher, Skopau Nr. 27.**

Wohnung, bestehend aus Stube, Kammer, Küche, einem Speiseraum und Stallung für 2 Pferde, per sofort oder 1. April geüht. **Offerten unter E H an die Exped. d. Bl.**
Wohnung, bestehend aus 8 Stuben, 2 Kammern, Küche und Zubehör, Gasheizung, zum 1. April zu mieten gesucht. **Offerten unter Z 59 an die Exped. d. Bl.**

Anhängige Frau sucht zum 1. Juli feines Logis. **Biete Offerten bitte unter W W in der Exped. d. Bl. abzugeben.**

Sehr gut möbliertes Zimmer in schöner Lage zum 1. April zu vermieten. **Off. u. G W 6 an die Exped. d. Bl.**

2 unmobilierte Zimmer sind an eine alleinstehende Dame zu vermieten. Es tragen **im Laden Entenplan 3.**
Für einfache alte Dame wird in guter Fam. **unmobl. Zimmer bei voller Pension** gesucht. **Off. Offerten unter A C an die Exped. d. Bl.**

300000 Mark sind auf Akzepthypothek auszuliehen per sofort oder später. Näheres durch **Bankhaus Friedmann & Co., Halle a. S., Poststr. 2.**
1 flottgeh. Putz- u. Weisswaren-Geschäft oder geräumiger Laden, welcher sich zu diesem Geschäft eignet, in verkehrsreicher Straße von tadlungem, zahlungsfähigem Käufer gef. Off. Offerten unter **K K 100** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Lokal im Zentrum sofort oder später **gekauft**, welches sich für ein **händiges großes Kino** eignet. **Offerten mit Lage, Größe und Preis** sofort unter **„Kino“** an die Exped. d. Bl.

2 Kinderwagen sind zu verkaufen **Schmale Str. 25.**

Bade-Einrichtung zu verkaufen **Steinstraße 3, II.**

Fenstergestell verkaufen **spottbillig Stern & Co.**

Ein 4 jähriger schwarz-brauner Wallach, oder von drei anderen Pferden die Wahl, nicht wegen Nachgut zu verkaufen **Wühlentisch Nr. 9**

Aufgepaßt! **Leere Seifkassen** werden gekauft und abgeholt. **Angebore unter „Seif“** an die Exped. d. Bl. erbeten

Sehr mehrfache Speisekartoffeln, 100 Zentner **magnam bonum**, hat noch preiswert im ganzen und einzeln abzugeben **Unter-Altenburg 44.**

Baumwachs in Stangen und Kläße, nach Vorschriften erfahrener Gärtner angefertigt, **Bast besser Qualität Oskar Leberl,** Drogen und Farben, **Burgstraße Nr. 18.**

Dr. Thompson's Seifenpulver
Garantiert frei von schädlichen Bestandteilen.
das beste Waschrätzel. 1/2 & Paket 15 Pf.

Für Kinder ist die beste Kinderseife, da äusserst mild und wohltuend für die empfindliche Haut: **Bergmann's Untermilch-Seife** von **Bergmann & Co., Nadebent a. S.** **Er. 80 Pf. bei: W. Fuhrmann, August Berger, Kräh. Kirche.**

Gemüsetounerben, getr. grüne Bohnen empfindlich **Karl Elkner, Markt.**

Reise- und gebrauchte Fahrräder, Wischmaschinen sowie alle **Zubehörteile, Mäntel u. Schlände** billigst. **Reparaturwerkstatt R. Gärtner, Unteraltenburg 4.**

Mähmaschinen werden schnell und gut repariert bei **L. Albrecht, Schmaltestraße 14.**

Blendeinteile mit „Gleant“ von **Günter & Gausner, Chemnitz**, in Tausenden von **Saushaltungen** beliebt und unentbehrlich geworden. **Zu haben in Werleburg bei Otto Albert, Fran. Aug. Berger, Otto Class, Carl Eckardt, Carl Elkner Ww, Gustav Fass, Theodor Funke, Rich. Selmar, Carl Hennicke, Fr. Franz Herrfurth, Eduard Kämmerer, Wilhelm Kötteritzsch, Gustav Köppe, Carl Kundt, Marie Lotzing, Paul Näther Nacht, Rich. Ortman, Theodor Sieber, Alfred Staake, Carl Schmidt, Wilh. Schumann, Ad. Schäter, Robert Schulze, Richard Schurz, Fritz Behse, Carl Ranch, Otto Teichmann, Gustav Traxdorf, Friederikeverw. Vogel, Emil Wolf, Anton Welzel, Hermann Wenzel.**

Schöner Teint ein zartes, reines Gesicht, rosiges jugendliches Aussehen, weisse jammernethische Haut ist der Wunsch aller Damen. Alles dies erzeugt die allein echte **Stedenberf-Lilienmilch-Seife** von **Bergmann & Co., Nadebent a. S.** **Er. 80 Pf. bei: W. Fuhrmann, Wilh. Kretsch, Aug. Berger, Fran. Wirth, Oskar Leberl, Kräh. Kirche und Dom-Apotheke.**

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Abnahme von mehreren Exemplaren: bei Bestellung ins Haus durch unsere Kurierfahrer in der Regel und auf dem Lande außerdem Porto frei; durch die Post 120 Pf. außer 42 Pf. Porto. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Sonntagen nichtamtlich. — Nachdruck unserer Originalmeldungen ist nur mit deutlicher Quellenangabe gestattet. — Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Meinungen der Verfasser.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
4seitig. Illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuer. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilage oder deren Raum für Merseburg und näherer Umgebung 10 St., ferne Kreise 25 St., auswärts pro Zeile 20 St., im Restamt 40 St. Bei komplizierter Satz entsprechender Aufschlag. Gebühr für Anzeigen nach Uebereinstimmung für Nachlieferungen und Offertenannahme besondere Berechnung, nach Umständen mit Berücksichtigung. Frillmängler. Verträge über Anzeigen für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinere Anzeigen bis frühestens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

№ 58.

Donnerstag den 10. März 1910.

36. Jahrg.

Die Fortschrittliche Volkspartei.

Von Karl Schröder, M. d. R.

Der erste Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei hat nach kurzen, eindrucksvollen, einmütigen Verhandlungen die Partei mit begeistertem Ruf begründet. Ihre Organe sind bereits gewählt, sie werden in den nächsten Tagen sich konstituieren und ihre Arbeit beginnen; die örtlichen Vereine haben sich zum Teil schon zusammengeschlossen, in wenigen Wochen wird auch das Geschehen noch gesehen sein.

Für die Arbeiten im Reichstag und im Preussischen Abgeordnetenhaus ist die Einheit schon durch die Fraktionsgemeinschaft geschaffen.

Nach vor Herrn wird die Partei in voller Tätigkeit sein. Nicht neue Grundzüge und Ziele hat sich die Partei gesetzt; die früheren bleiben, nur wesentlich zusammengefaßt und schärfer betont.

Der Name der Partei ist vielfach bemängelt worden. Vom ästhetischen Standpunkt nicht ganz ohne Grund, aber er trifft richtig den Charakter der zukünftigen Wirksamkeit. Volkspartei ist die allgemeine Bezeichnung, und das heißt, daß für die Partei nur die Interessen des Volkes, also nur die allgemeinen Interessen maßgebend, daß alle Klassengegenstände, alle wirtschaftlichen Sonderbestrebungen, alle Bevorzugungen von Ständen und Vermögern ihr nicht nur fern liegen, sondern auch von ihr bekämpft werden. Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichberechtigung sind ihre Hauptmotive.

Und auf diesem Boden soll Politik im Sinne des Fortschritts getrieben werden. Mit offenen Augen will die Partei das Leben der Nation verfolgen, will die äußeren Umstände, die auf sie bestimmend einwirken, recht verstehen, ihre Entwicklung fördern, damit unser Vaterland nicht, wie es ihm oft genug geschieht, in einer lähmenden Stillstande verfällt.

Wenn jemand, der unsere heutigen Verhältnisse nicht kennt, diese Charakterisierung der Partei Ziele liest, so könnte er sagen: braucht es dazu eine neue Partei? Das versteht sich ja alles ganz von selbst. Er wird vielleicht hinzusetzen, das seien nur „allgemeine Phrasen“. Er hätte Recht, aber der Kundige weiß, daß jedes Wort einen durchaus praktischen Sinn hat.

Worin besteht denn unsere politische Not zum größten Teile? Doch in der Verhängung von Sonderinteressen. Eine Neuerung wird immer nur durch Gegenleistungen, d. h. durch Befriedigung anderer Sonderinteressen möglich gemacht. Es sind Handelsgeheißte, durch die unsere Politik betrieben wird. Die

ermöglicht ihnen ihre Bollpolitik einseitige Leute. Besonders anderen ergrübelung hat für ihre einen In-Matürlich Recht, die in ihren ist schließlich verständig! überstand! garischen ernünftige die privi-aufgaben, n. Das, weil die auf allen

ist weiter geheit, das fort-die gegen Zu-

stände trete.

Und Zweck der Fortschrittlichen Volkspartei ist es, dem deutschen Volke zum Bewußtsein zu bringen, auf welche Abwege es geführt ist, und eine Partei zu schaffen, die einmütig und mit aller Kraft die entgegengesetzte Politik vertritt. Dazu soll ihr die Zusammenfassung der drei linksliberalen Fraktionen die Kraft geben.

Zu den Vorgängen in Berlin

am vergangenen Sonntag gehen uns vom Abg. Gothein folgende Betrachtungen zu: Die Straße ist für den Verkehr da! Diese Auffassung des Berliner Polizeipräsidenten wird man durchaus billigen können, und es ist erwünscht, daß er ihr bei Aufzügen von Truppen, bei ihrer Rückkehr vom Tempelhoferfelde, bei Leichenbegängnissen von Generaladjutanten und sonstigen höfischen Würdenträgern und ähnlichen mehr oder minder „patriotischen“ Gelegenheiten Rechnung trägt.

Ein städtischer Park ist sicher dazu da, daß sich die in der Steinwüste der Großstadt lebenden Menschen in frischer Luft erholen, und ganz besonders ist er zu dieser seiner Aufgabe am Sonntag berufen, wo die Hunderttausende, die Wochentags Last und Arbeit in Geschäft, Werkstatt oder enger Wohnung zurückhält, einmal an die Luft kommen können. Zu diesen Erholungsbedürftigen gehören die Anhänger aller Parteien, also auch die Sozialdemokraten, und wenn diese das Bedürfnis haben, in Ausnutzung der ihnen durch das deutsche Vereinsgesetz zustehenden Rechte an einem Sonntag in einem Park öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel zu veranstalten, so ist das an sich ein keineswegs zu mißbilligendes Unternehmen. Es mag richtig sein, daß manchen Spaziergänger der Genuß des Parks durch die sich dort anammelnden Menschenmassen etwas beeinträchtigt wird, aber dann haben eben die Massen, die doch auch sozusagen Menschen sind, den Vorteil vom Park. Und wenn die Sozialdemokratie nach Verbot der Versammlung zu einem Spaziergang im Treptower Park einladet, so kann von einer Störung des Verkehrs in diesem Park füglich auch nicht die Rede sein. Aber der Park wird seiner Aufgabe entzogen, wenn eine kurzfristige und engherzige Polizei ihn dann, um ein solches Vorhaben zu hindern, überhaupt absperrt.

Wenn die Sozialdemokraten, über diese Kleinlichen Polizeiverordnungen entsetzt, nicht ohne Humor dem Polizeipräsidenten ein Schnippschen geschlagen und den Spaziergang nach dem Tiergarten unternommen haben, so wird auch der, der an sich Gegner von Straßendemonstrationen ist und die Straße dem Verkehr offen halten will, für den gelungenen Streich ein Lächeln haben, umso mehr als es eine gerechte Sache ist, für die demonstriert wird, eine Sache, für die das deutsche Vätergertum mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gemeinsam kämpft. Und harmloser kann man eine Demonstration nicht veranstalten, als es am Sonntag die Sozialdemokratie mit dem Tiergarten-spaziergang getan hat. Abereinstimmend wird befunden, daß die Teilnehmer an der Demonstration, die sich auf einen Spaziergang im Tiergarten, im Singen von Liedern im Freien und in Hochrufen auf das Wahlrecht beschränkte, sich durchaus gefittet und wohl-anständig benommen haben.

Leider kann man das von der Polizei nicht sagen. Ich selbst habe von dem Fenster meiner Wohnung in der Hindersinstraße beobachtet müssen, wie sinnlos das Vorgehen der Schutzleute war. Die aus dem Tiergarten zurückkehrenden Menschenmengen wurden von berittenen Schutzmannschaften die Straße entlang nach der Spree zu gedrängt dertartig, daß mit den Pferden in die Menschenmenge hineingeritten wurde, daß zwei Pferde nebeneinander auf den schmalen Bürgersteig in die Menschenmassen eindringen. Was damit bezweckt werden sollte, ist vollständig unerfindlich, denn an sich hätte die Polizei doch froh sein müssen, wenn auch durch so verkehrsame Straßen die Leute nach ihren Behausungen zurückkehren. Wo die Polizei nicht eingriff, vollzog sich alles in größter

Ordnung, und die Störung des Verkehrs beschränkte sich darauf, daß die Automobile und Droschken etwas langsamer fahren mußten, daß ihnen aber auf das Signal liberal willig Platz gemacht wurde. Wo eine Störung des Verkehrs eintrat, hat die Polizei sie bewirkt und in einer Weise, die geeignet ist, die Menschen zu erbittern. Man muß schon ein besonders ruhiges Gemüt sein, um sich nicht zu empören, wenn einem bei dem ruhigen Gehen der Bürgersteige die Pferdehufe auf die Füße treten, die Pferdeköpfe den Hut vom Kopfe werfen und man in der Benutzung des Weges ohne jeden Grund durch unvernünftige Maßregeln der Polizei gehemmt wird. Ich habe sehr ruhige sabbendeutsche Freunde vorgestern gesprochen, die erklärten, wenn die Polizei sich in Süddeutschland so benehmen würde, so würde jede Stadtverordnetenversammlung, jeder Gemeinderat sofort die „Abschaffung“ der Polizei beschließen. Ich habe Merseburger gesprochen, die erklärten, schließlich seien die Zustände in dem verfassungswidrigen Obotritenland doch weit besser als in dem Verfassungswidrigen Preußen, wo die Polizei sich dertartig erlaubt.

Schutz der Freiheit des Verkehrs auf der Straße gegen die Verkehrsbehinderungen der Polizei, das ist jetzt die bringend notwendige Forderung. Die Polizei soll doch schließlich dem Publikum dienen, statt es zu schikanieren. Jedemfalls aber versteht sie es meisterhaft, in jedem ruhig Denkenden ein Gefühl der Erbitterung wach zu rufen und damit den Widerstand gegen das preussische Maßnahmrecht in immer weitere Kreise zu tragen. Für diese unehrenvolle Tätigkeit gebührt ihr der Dank. Ob sie den verdienen wollte, mag freilich zweifelhaft erscheinen.

Gegen die Angliederung der Privatbeamtenversicherung

an die bestehende Alters- und Invalidenversicherung werden offiziell finanzielle Gründe geltend gemacht und zwar wird darüber ausgeführt: Der Grundbetrag der Invalidenrente wird bekanntlich nach den 500 Beiträgen der höchsten Lohnklasse berechnet. Sonach hat es der Versicherte also in der Hand, seine Ansprüche sowohl nach dem Grundbetrag, als auch nach den Selbsterwerbungen dadurch erheblich zu verbessern, daß er bei dem Eintritt in höhere, der Invalidität vorausgehende Lebensjahre Beiträge in der höchsten Lohnklasse zahlt.

Ein solcher Übergang eines Versicherten in höhere Lohnklassen in vorgedrucktem Alter verschleiert aber natürlich die Finanzlage des Versicherungsträgers. Denn die erhöhten Beiträge werden von dem Versicherten auf diese Weise nur wenige Jahre gezahlt, während für die gesamte übrige Zeit nur die niedrigen Beiträge entrichtet werden. Hierbei findet der Grundbetrag der Invalidenrente nicht mehr seine Deckung durch die 500 höchsten Beiträge. Würde heute von dem freiwilligen Übertritt in höhere Lohnklassen ein stärkerer Gebrauch gemacht, als es tatsächlich geschieht, so würde schon bei der gegenwärtigen Invalidenversicherung ein unangenehmer finanzieller Einfluß sich hierdurch geltend machen. Dieser Einfluß wäre aber naturgemäß noch viel stärker, wenn der Invalidenversicherung neue Lohnklassen angefügt würden, wie es die Angliederung der Privatbeamtenversicherung notwendig machen würde. Es kommt weiter hinzu, daß der Kreis der Personen, der in den neuen Lohnklassen Aufnahme fände, meist mit zunehmendem Alter in höhere Lohnstufen eintritt. Dieser Personenkreis zählt also heute in den untersten Lohnklassen Beiträge und rückt in höheren Lebensjahren in die höchsten Lohnklassen ein. Hieraus würden sich unübersehbare finanzielle Schwierigkeiten für die Versicherungsträger und auch große Nachteile für die übrigen Versicherten ergeben. Unter diesen Umständen erscheint es also nicht möglich, die Invalidenversicherung der Privatangestellten, die in der Jugend meist in den untersten Lohnklassen Beiträge entrichten und mit steigendem Alter in die höchsten

